

Die Angst der Machteliten vor dem Volk

Demokratie-Management durch Soft Power-Techniken

Rainer Mausfeld*



Die Frage „Warum schweigen die Lämmer?“ scheint auf uns eine eigenartige Faszination auszuüben, obwohl diese Frage ganz offenkundig unsinnig ist. Denn natürlich kann man Lämmer nicht zum Sprechen bringen. Die Faszination muß also in der Metapher der Herde und des Hirten liegen. Offensichtlich spricht diese Metapher Vorstellungen und Affekte in uns an, die Aspekte unserer politischen und gesellschaftlichen Situation betreffen. Schauen wir uns also diese Metapher etwas genauer an, denn schon ihre Geschichte erlaubt interessante Aufschlüsse.

Homer gehört zu den ersten, die sie zur Charakterisierung der Beziehung von Volk und Staatsmann verwendet haben. ‚Hirte‘ klingt ja zunächst sorgend und gütig. Warum aber wird das Volk überhaupt gedanklich zu Lämmern gemacht, die dann eines Hirten bedürfen? Wie kommt der Hirte eigentlich zu seiner Hirtenrolle? Und warum benötigt er Hütehunde, die die Herde auf Kurs halten?

Man sieht also, dass diese Metapher schon von Anfang an zutiefst ideologisch durchtränkt ist. Bei Platon finden sich schon erste Zweifel, ob der Hirte, wenn er seine Schafe auf grünen Auen weidet, wirklich das Beste der Schafe im Sinn hat oder nicht vielmehr die Schmauserei oder den Gewinn durch Verkauf.

Die Metapher selbst spricht bereits eine Wahrheit aus, die sie gerade verdecken soll: Der Hirte ist natürlich nicht dem Wohl der Schafsherde verpflichtet, sondern dem Wohl des Herdenbesitzers. Der jedoch kommt in dieser Metapher bezeichnenderweise gar nicht vor. Wozu also dient diese Metapher der Herde, die die politische Philosophie des Abendlandes durchzieht?

* Vortrag IPPNW-Hamburg (Organisation Jette Limberg-Diers)

Steiner-Haus Hamburg, 2. November 2016

Ausarbeitung auf der Basis des von Jette Limberg-Diers erstellten Audio-Transkripts

Die Ideengeschichte der politischen Philosophie zeigt, dass die Hirtenmetapher vor allem der Rechtfertigung des Status der Machteliten dient. Mit dieser Metapher wird das Volk gedanklich zur Herde gemacht. Sie schafft die ideologische Konstruktion eines ‚unmündigen Volkes‘ und verschleiern zugleich den Eigennutz derjenigen, die sich als Führer anbieten; sie erst schafft die Grundlage einer kategorialen Unterscheidung von ‚Volk‘ und ‚Führungselite‘, die das Fundament der herrschenden Vorstellungen von Demokratie bildet. Genau dieser ideologische Gegensatz von ‚Volk‘ und ‚Elite‘ ist das Fundament unserer gegenwärtigen Vorstellungen von ‚Demokratie‘. Das wird im folgenden das Thema sein.

Was macht ‚Demokratie‘ attraktiv?

Warum hat die Idee der Demokratie eigentlich - wenn auch erst in den vergangenen 150 Jahren - eine solche Faszination, einen solchen Sog entwickelt?

Es muß ganz offensichtlich große Vorteile der Herrschaftsform ‚Demokratie‘ geben, denn *Freedom House* - eine NGO, die sich, ganz uneigennützig, der Förderung von ‚Demokratie‘ widmet - stellt fest, dass von den 195 Staaten der Welt 125 Demokratien sind, zumindest im Sinne von Wahldemokratie. ‚Demokratie‘ gilt heute in der westlichen Welt als einzig legitimierte Herrschaftsform. Damit stellt sich die Frage, was ‚Demokratie‘ eigentlich so attraktiv macht.

Es liegt nahe, dass eine Antwort davon abhängen wird, aus welcher gesellschaftlichen Perspektive man sich dieser Frage nähert.

Aus Sicht des Volkes, also gleichsam von ‚unten‘ betrachtet, ist ‚Demokratie‘ attraktiv, weil wir von Natur aus über eine Konzeption von ‚Zwang‘ und damit auch von ‚Freiheit‘ verfügen. Wir wollen uns autonom fühlen; wir wollen nicht dem Willen eines anderen unterworfen sein.

Bereits 1549 hatte Etienne de la Boétie (1530-1563) dies zum Gegenstand seiner Streitschrift *Von der freiwilligen Knechtschaft des Menschen* gemacht. Boétie betonte, „dass wir nicht nur im Besitz unserer Freiheit, sondern auch mit dem Trieb, sie zu verteidigen, geboren werden“. Noam Chomsky ist, aus der Perspektive der modernen Kognitionsforschung, davon überzeugt, dass wir über einen „*instinct for freedom*“ verfügen, über ein angeborenes Bedürfnis nach Freiheit. Genau darin liegt für uns die Faszination der Idee von Demokratie.¹

Was aber könnte Demokratie für die Mächtigen attraktiv machen, deren Macht sie ja gerade einschränkt und bedroht? Die Antwort ist ganz einfach: Nichts! Denn Demokratie bedeutet gerade, die Machtbedürfnisse der Mächtigen und Reichen einzuschränken, woran sie naturgemäß kein Interesse haben. Damit ergibt sich nun ein Spannungsverhältnis zwischen den Bedürfnissen der Herrschenden, ihren Status zu stabilisieren, und unserem Bedürfnis, uns gesellschaftlich autonom und hinsichtlich unserer gesellschaftlichen Situation als selbstbestimmt zu fühlen. Dieses fundamentale Spannungsverhältnis hat sich in der Geschichte häufig in Form von Revolutionen entladen. Wie läßt sich aus Sicht der Herrschenden dieses Spannungsverhältnis entschärfen, wenn man blutige Revolutionen vermeiden möchte?

¹ Hans Kelsen (1881-1973), einer der bedeutendsten Staatsrechtler des vergangenen Jahrhunderts, spricht davon, dass in der „Idee der Demokratie“ ein „Urinstant“ nach „Befriedung“ dränge: ein „Protest gegen den fremden Willen“, gegen die „Qual der Heteronomie“, d.h. der Fremdbestimmtheit. „Es ist die Natur selbst, die sich in der Forderung der Freiheit gegen die Gesellschaft aufbäumt.“ Hans Kelsen (1920). *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Tübingen: Mohr. (S.4)

Die Lösung liegt darin, das Freiheitsbedürfnis der Bürger mit einem Surrogat zu ‚stillen‘, es mit einer Ersatzdroge zu befriedigen, nämlich der *Illusion von Demokratie*. Um eine solche Illusion von Demokratie zu schaffen, benötigt man vor allem - und genau hier kommt die Herden-Metapher wieder ins Spiel - eine Rechtfertigungsideologie, die begründet, warum das Volk unmündig sei und einer Führung bedürfe. Ferner muß die für das Volk so attraktive Idee von Demokratie so entleert werden, dass sie nur noch auf einen Wahlakt beschränkt ist. Und schließlich benötigt man ein kontinuierliches Demokratiemanagement, damit das Volk bei dem Wahlakt auch so will, wie es wollen soll.

Das werden die Bereiche sein, mit denen ich mich beschäftigen möchte. Dabei werden wir immer wieder einen besonderen Blick darauf werfen, wie die Macht- und Funktionsebenen untereinander über diese Probleme sprechen. Denn untereinander sprechen die Eliten häufig offener, als wenn sie zum Volk sprechen.

Als einstimmandes Beispiel lassen wir uns von einem Chefberater eines früheren US-Außenministers erläutern, welche außenpolitischen Vorteile ‚Demokratie‘ – oder genauer gesagt eine Demokratierhetorik – hat. Howard Wiarda war 1983-84 Chefberater der von Henry A. Kissinger – US-Außenminister unter Richard Nixon und Gerald Ford, Kriegsverbrecher² und Friedensnobelpreisträger – geleiteten „*National Bipartisan Commission on Central America*“. Er schrieb 1990 in seinem Buch „*The Democratic Revolution in Latin America*“: Eine demokratische Rhetorik „hilft uns, die Kluft zu überbrücken zwischen unseren fundamentalen geopolitischen und strategischen Interessen und der Notwendigkeit, unsere Sicherheitsinteressen in eine moralistische Sprache zu kleiden. Die demokratische Agenda stellt, kurz gesagt, eine Art von Legitimitätshülle für unsere grundlegenden strategischen Ziele dar“.

Entsprechende Aussagen finden sich auch zu den innenpolitischen Vorteilen einer Demokratierhetorik. Wenn ‚Demokratie‘ aber lediglich eine Methode ist, Eigeninteressen von Machteliten zu verdecken, sollte das irgendwann ans Tageslicht kommen und auch dem Souverän, also den Bürgern, deutlich werden. Der Grundgedanke der Demokratie ist gerade die ‚Volkssouveränität‘.³ Wenn wir einmal einen Blick auf die Einschätzungen der Bürger zur Realität dieses Grundgedankens werfen, so zeigt eine Gallup-Umfrage von 2015, dass in Westeuropa die Mehrheit der Bürger nicht der Auffassung ist, dass der Grundgedanke der Demokratie verwirklicht ist. Auf die Frage „Would you say that your country is governed by the will of the people?“ antworteten 56% der Bürger Westeuropas mit „Nein“ oder „eher nicht“.

Dies wird jedoch offensichtlich nicht als besonders problematisch angesehen, denn zugleich sind die Bürger mehrheitlich recht zufrieden mit ihrer politischen Führung.

² siehe z.B. Christopher Hitchens (2001). *Die Akte Kissinger*. München: dva.

³ Bei dem Konzept der ‚Volkssouveränität‘ ist es – wie Ingeborg Maus sorgfältig aufzeigt - wichtig zu beachten, dass das ‚Volk‘ der Volkssouveränität nicht positiv, sondern nur noch negativ definiert werden kann; dieser Volksbegriff kennt „keinerlei ethnische, kulturelle oder soziologische Kriterien, die Zugehörigkeiten oder Ausschlüsse begründen könnten“. Insbesondere bedeutet ‚Volkssouveränität‘, dass nur den Nicht-Funktionären, keinesfalls aber den Amtswaltern die Souveränität der Gesetzgebung zukommt.

Ingeborg Maus (2011). *Über Volkssouveränität – Elemente einer Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.

Nach einer ARD-Umfrage von Oktober 2016 sind Anhänger der ‚Volksparteien‘ zu 55% bis 60% zufrieden mit der Regierung; eine Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom September 2016 zufolge würden 68% der Bürger die ‚Volksparteien‘ CDU/CSU, SPD und GRÜNE wählen. Der weit überwiegende Teil des Staatsvolkes ist also der Auffassung, dass das Wohl des Volkes bei den gegenwärtigen politischen Hirten in guten Händen ist.

Dass 68 % wieder die Parteien wählen würden, die für die gegenwärtige politische Situation verantwortlich sind, ist überraschend. Denn es war ja nicht das Volk, es war, um in der Metapher zu bleiben, nicht die Herde, sondern es waren die politischen Hirten genau dieser Parteien, die den Sozialstaat zertrümmert haben, die 50 Milliarden in die Bankenrettung gesteckt haben, die den Überwachungs- und Sicherheitsstaat ausbauen, die die Militarisierung der EU und die Osterweiterung der Nato vorantreiben, um nur ein paar Punkte aus der langen Liste bewußt herbeigeführter Desaster zu nennen.

Interessanterweise scheinen all diese Dinge den überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht sonderlich zu bekümmern. Die Hirten scheinen, den Umfragen zufolge, alles im Großen und Ganzen im Sinne des Volkes gerichtet zu haben, und das Volk scheint mit seinen Hirten zufrieden zu sein.

Doch gibt es eine Unzufriedenheit, nämlich bei den Eliten. Neben vielen anderen hat dies auch Bundespräsident Joachim Gauck (19. Juli 2016) zum Ausdruck gebracht: „Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ – Nur damit keine Missverständnisse entstehen: Der Bundespräsident gehört nicht zu den Machteliten, sondern zum Personal der Machteliten. - Die gleiche Klagemelodie durchzieht auch die Zeitschriften, in denen die Machteliten untereinander kommunizieren. So schreibt *Foreign Policy* (28.6.2016), eine der führenden meinungsbildenden Publikationen im Bereich der US-amerikanischen Außenpolitik: „It’s time for the elites to rise up against the ignorant masses.“ Es sei also an der Zeit, dass sich die Eliten gegen die ‚ignoranten Massen‘ erheben. Die Eliten rufen zur Revolte gegen das ignorante Volk auf. Das ist umso eigenartiger, als wir uns seit mindestens vier Jahrzehnten bereits in einem Krieg der Eliten gegen das Volk in Form eines immer aggressiver werdenden Klassenkampfes ‚von oben‘ befinden. Offensichtlich sind die Eliten, die die Herde bislang halbwegs auf dem gewünschten Kurs halten konnten, zunehmend darüber beunruhigt, dass ‚das Volk‘ in seinen Wahlentscheidungen nicht immer so will, wie es wollen soll.

Es muß als paradoxe Situation erscheinen, dass die Mehrheit des Volkes das Vertrauen in seine Hirten trotz aller von diesen herbeigeführten Desaster nicht verloren hat, die Eliten jedoch mit dem ‚ignoranten Volk‘ unzufrieden sind oder gar zum Aufstand gegen das Volk aufrufen.

Um etwas Klarheit über eine solche Situation zu gewinnen, müssen wir in die historischen Anfänge zurückgehen und uns anschauen, wie es zu dieser Situation gekommen ist.

Physische und psychische Machtausübung

In allen historischen Gesellschaften - mit Ausnahme der frühesten archaischen - läßt sich eine kleine Zahl von Herrschenden einer großen Zahl von Beherrschten gegenüberstellen. Das natürliche Ziel der Herrschenden ist naturgemäß *immer*, ihre Herrschaft zu stabilisieren. Dazu stehen ihnen – der menschlichen Natur entsprechend – zwei Wege offen: Eine rohe, auf den Körper zielende Machtausübung und eine ausgefeiltere, auf die Psyche zielende.

flußreiche amerikanische Politikwissenschaftler und Propagandatheoretiker Harold D. Lasswell (1902 – 1978) hat dies 1930 in der *Encyclopedia of the Social Sciences* auf den Punkt gebracht: Meinungsmanagement ist “kostengünstiger als Gewalt, Bestechung oder irgendeine andere Kontrolltechnik“.

Daher wurde seit den historischen Anfängen versucht, Machttechniken zu entwickeln, mit denen sich unsere moralischen Sensivitäten gleichsam unterlaufen lassen, die also weniger Widerstand im Volk aktivieren. Diese Machttechniken werden heute oft als *Soft Power* bezeichnet. *Soft Power* ist das gesamte Spektrum von Techniken, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Vermittlungsinstanzen für diese Formen der Machtausübung sind – unterstützt durch Stiftungen, Think Tanks, Elitenetzwerke und Lobbygruppen - insbesondere private und öffentliche Medien, Schulen und der gesamte Erziehungs- und Ausbildungssektor sowie die Kulturindustrie. Die Wirkungen von *Soft Power*-Techniken sind für die Bevölkerung weitgehend unsichtbar; es ist also kaum mit Protesten gegen diese Formen der Indoktrination zu rechnen.

Machtökonomische Gründe sprechen dafür, vorwiegend *Soft Power* einzusetzen und diese Techniken auf der Basis einer wissenschaftlichen Erforschung unserer kognitiven und affektiven Eigenschaften für Manipulationszwecke zu verfeinern und zu optimieren. Dies ist in den vergangenen hundert Jahren in sehr systematischer und folgenreicher Weise geschehen.

Nur zwei Beispiele will ich hier stellvertretend für die umfangreiche Literatur nennen, mit der sich die Elite untereinander über diese Entwicklungen informiert: das 2005 erschienene Buch „*Soft Power*“ von Joseph S. Nye und das 2009 erschienene Buch „*Nudge*“ von Cass Sunstein und Richard H. Thaler. Nye ist ein einflußreicher Politologe, Politiker und Mitglied zahlreicher Think Tanks. Nyes Botschaft ist: Die Zukunft der Macht liegt in *Soft Power*. Das Buch von Thaler – ein einflußreicher Verhaltensökonom, der u.a. US-Präsident Barack Obama beraten hat – und Sunstein – ein ebenfalls sehr einflußreicher Rechtswissenschaftler, Verfassungsrechtler und Obama-Berater – gibt einen Überblick über den Forschungsstand zu den Tücken und Fallen menschlichen Entscheidungsverhaltens. Die Kognitionsforschung hat eine Fülle von Belegen erbracht, die aufzeigen, dass Menschen von Natur aus ihre Entscheidungen nicht auf rein rationaler Grundlage treffen.⁵ Das Buch von Thaler und Sunstein argumentiert nun, dass Menschen – und damit ist vor allem das ‚Volk‘ gemeint – nur durch eine Portion List und einen geeigneten Schubs („*nudge*“) dazu gebracht werden können, ‚rationale‘ Entscheidungen zu treffen und ihnen daher die Eliten – die als Eliten selbstverständlich frei von solchen natürlichen Rationalitätsbeschränkungen des Menschen sind - bei allen komplizierteren Entscheidungen einen Schubs in die ‚richtige‘ Richtung geben müssten.

Es geht also bei *Soft Power* letztlich um eine psychologische Kriegsführung gegen die Bevölkerung, die für die Bürger möglichst unsichtbar sein soll, indem sie natürliche ‚Schwachstellen‘ des menschlichen Geistes ausnutzt. Aus der Perspektive der Volkes ist das Problem nun, dass die herrschenden Eliten auf das in Universitäten und Think Tanks angesammelte Wissen über diese Schwachstellen zugreifen können und daher über sehr viel mehr Wissen über uns, über unsere natürlichen Bedürfnisse, unsere natürlichen Neigungen und unsere ‚Schwachstellen‘ für eine Manipulierbarkeit verfügen als wir selbst. Da uns diese Schwachstellen selbst nicht bewußt sind, haben wir kaum eine Möglichkeit, uns gegen diese Manipulationen zu wehren.

⁵ Beispiele für solche Rationalitätsbegrenzungen bei Entscheidungen finden sich im Wikipedia-Eintrag „*List of cognitive biases*“.

Psychologie und Sozialwissenschaften sind in den USA seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts zu einer großen gesellschaftlichen Blüte gelangt, weil sie wesentlich zu der Erforschung dieser Manipulationsschwachstellen beitrugen.⁶ Dadurch wurden sie „mehr und mehr zu einem Instrument der Kontrolle der Massen und damit zu einer weiteren Bedrohung der Demokratie.“⁷ Der große Soziologe C. Wright Mills stellte schon in den 60er Jahren in seinem Klassiker „*The Power Elite*“ fest: „Der öffentliche Diskurs, der zur Demokratie gehört, ist mittlerweile ersetzt worden durch eine skrupellose psychologische Kriegsführung.“

Die Techniken dieser psychologischen Kriegsführung gegen die Bevölkerung sind in den seither vergangenen 50 Jahren in einer für den einzelnen kaum noch überschaubaren Weise weiterentwickelt und verfeinert worden. Dadurch verfügen die Eliten über ein profundes und umfassendes Wissen über die Eigenschaften unserer Psyche und unseres Geistes, die sich für Manipulationen eignen, während das Manipulationsobjekt, das Volk, nicht einmal eine auch nur halbwegs angemessene Vorstellung davon hat, welche ‚Schwachstellen‘ des menschlichen Geistes in welcher Weise von den Eliten für eine Manipulationen von Meinungen und Gefühlen genutzt werden.

Demokratiemanagement durch Ideologierzeugung

Die kategoriale Unterscheidung von ‚Volk/Massen‘ und ‚Eliten‘

Ein grundlegendes Element von *Soft Power*-Techniken beruht auf der psychologischen Einsicht, dass wir stets eine Art Rahmenerzählung benötigen, durch die wir erst der Fülle unserer gesellschaftlichen und politischen Erfahrungen einen Sinnzusammenhang geben können. Für die Wirksamkeit von *Soft Power*-Techniken müssen die Eliten also eine geeignete Rahmenerzählung konstruieren und vermitteln, die das Volk davon überzeugt, dass sinnvollerweise Volksherrschaft nur Elitenherrschaft bedeuten kann. Das mag nach einer unmöglichen, geradezu Orwellschen Aufgabe klingen. Doch ergibt sich eine solche Rahmenerzählung fast von selbst, wenn man es schafft, in der politischen Herdenmetapher der Unterscheidung von Herde und Hirten ein scheinbar wissenschaftliches Fundament zu geben.

Dazu benötigt man die These, dass sich die Menschheit in zwei kategorial verschiedene Klassen einteile und es Menschen gebe, die von Natur aus zum Herrschen geboren seien, und Menschen, die von Natur aus zum Dienen geboren seien – also geborene Hirten und geborene Schafe. Diese Unterscheidung findet sich bereits explizit bei Aristoteles. Diejenigen, die wesensmäßig ‚Schafe‘ seien, nennt man nun ‚Volk‘ oder in der Industriegesellschaft auch ‚Masse‘. Diejenigen, die sich zum Herrschen berufen fühlen - also diejenigen, die diese Unterscheidung erst erzeugen -, nennen sich selbst ‚Elite‘. Das ist zweifellos ein geschickter Schachzug der selbstdeklarierten Eliten, für den allein schon sie das Prädikat ‚Elite‘ verdient hätten.

Nun muß man diese Unterscheidung nur noch in solcher Weise mit vorgeblichen Eigenschaften der ‚Eliten‘ und des ‚Volkes‘ bzw. der ‚Massen‘ auffüllen, dass sie vom Volk selbst geglaubt wird. Offensichtlich genügt es, kontinuierlich zu behaupten, das Volk sei wesensmäßig irrational, infantil,

⁶ siehe hierzu: Christopher Simpson (1994). *The Science of Coercion. Communication Research & Psychological Warfare 1945-1960*. Oxford University Press.

⁷ Robert S. Lynd (1949). *The Science of Inhuman Relations*, *The New Republic*, 121, 22-25.

triebhaft, launenhaft, selbstsüchtig und rationalen Argumenten nicht zugänglich, und die Eliten seien wesensmäßig intelligent, gebildet und rational.⁸ Aus einer solchen Basisideologie ergibt sich dann zwangsläufig, dass Volksherrschaft im Grunde nur Elitenherrschaft bedeuten kann.

Elite	Volk – Masse
intelligent, gebildet, rational, ... <i>“the responsible man”</i> Walter Lippmann	irrational, infantil, triebhaft, launenhaft, selbstsüchtig und rationalen Argumenten nicht zugänglich <i>“ignorance and stupidity of the masses”</i> Harold Lasswell (1930)
besitzen „genügend Weisheit, um das gemeinsame Wohl für die Gesellschaft zu erkennen, und genügend Tugend, um es zu verfolgen“ Hamilton & Madison (1788)	nur auf ihr kurzfristiges Eigeninteresse aus „great beast“ Walter Lippmann (1922)

Mit dieser kategorialen Unterscheidung von ‚Volk‘ und ‚Elite‘ entsteht nun eine vollständige Neukonzeption dessen, was unter ‚Volk‘ zu verstehen sei. Je mehr nun im Volk die Idee von Demokratie eine Faszination entfaltete, desto stärker suchten die Herrschenden diese Idee mit einer solchen Ideologie zu unterlaufen. Beispielsweise war der preußische König Friedrich II. der Auffassung „Der Pöbel verdient keine Aufklärung“ und schrieb 1766 an Voltaire: „Das gemeine Volk modert immer im Schlamm der Vorurteile dahin.“

Mit der gezielten Konstruktion dieser Ideologie werden also die Begriffe ‚Volk‘ und ‚Elite‘ neu konstituiert. Beide Begriffe sind ideologische Konstruktionen, die der Herdenmetapher ein pseudowissenschaftliches Fundament geben sollen und eine Rechtfertigungsideologie für Herrschaft bereitstellen sollen. Diese Rechtfertigungsideologie soll sicherstellen, dass der Status der Herrschenden - und das heißt insbesondere der Besitzenden - auch in einer Demokratie nicht gefährdet ist. Fast alle neueren Demokratiekonzeptionen bauen genau auf dieser Basisideologie auf. Diese Ideologie wurde - schon in der Zeit der Aufklärung und dann vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - durch eine Kaste bereitwilliger Intellektueller weiter ausgearbeitet und der Bevölkerung über alle Informations- und Sozialisationsmedien vermittelt - mit beträchtlichem Erfolg, da

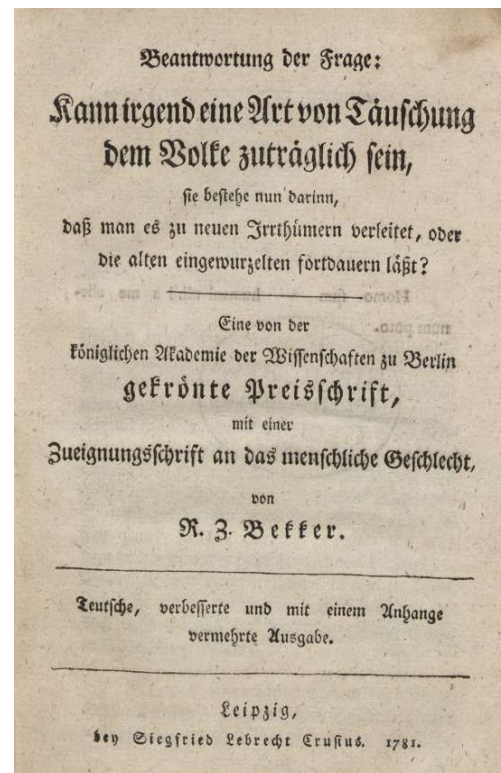
⁸ Damit das Volk bereit ist, eine solche Unterscheidung als sinnvoll und begründet anzusehen, müssen historische Ereignisse entsprechend umgedeutet werden. Ingeborg Maus weist darauf hin, dass entgegen derartigen Umdeutungen „die historischen Erfahrungen mit politischen Funktionseliten sehr viel negativer sind, als die herrschende Verachtung der Basisdemokratie unterstellt“ und dass in der Regel Volksentscheide „keineswegs eine politische Dummheit zu Tage gefördert [haben], die diejenige der politischen Funktionseliten erreicht oder gar übertroffen hätte.“

das Volk sie mittlerweile weitgehend verinnerlicht hat und somit überzeugt ist, dass Volksherrschaft nur Elitenherrschaft bedeuten kann.⁹

Darf man das Volk belügen?

Friedrich II., der als Monarch der Aufklärung gilt, war gleichwohl überzeugt, dass das Volk – „diese Tiere“ und „Dummköpfe“ – wenig Vernunft hätte und belogen sein wolle. Um diese Frage wissenschaftlich zu ergründen, stellte er 1777 seiner *Preussischen Akademie der Wissenschaften* in Berlin zur Bearbeitung die Preisfrage „*Ob es nützlich sei, das Volk zu betrügen*“ („S'il peut être utile de tromper Le Peuple“).¹⁰

Die Berliner Akademie war nicht besonders glücklich, im Zeitalter der Aufklärung darüber zu diskutieren, ob es nützlich sei, das Volk zu betrügen. Denn bereits in der Art der Formulierung dieser Frage wird leicht erkennbar, dass es um den Nutzen für die Herrschenden und nicht um den Nutzen für das Volk geht und dass somit die Hirten nicht das Wohl der Herde, sondern ihr eigenes im Sinn haben. Um dies nicht zu offenkundig zu machen, wurde die Frage dann umformuliert: „*Kann irgend eine Art von Täuschung dem Volke zuträglich sein, sie bestehe nun darinn, dass man es zu neuen Irrthümern verleitet, oder die alten eingewurzelten fort dauern läßt?*“ In dieser Formulierung war nicht mehr erkennbar, dass eigentlich nach dem Nutzen des Betrugs für den Betrüger gefragt wird, sondern sie gab vor, sich für den Nutzen für das Volk, das betrogen wird, zu interessieren. Dieses kleine historische Beispiel läßt bereits anschaulich erkennen, wie eine ‚gute‘ Ideologiekonstruktion funktioniert.



Von den eingereichten 42 Arbeiten waren 2/3 – zum Missfallen des Monarchen – eher der Auffassung, dass man das Volk nicht betrügen dürfe. Das übrige Drittel war zum Wohlgefallen des Monarchen der Auffassung, dass nur Chaos und Revolution resultieren würden, wenn man dem Volk die Wahrheit sagte. Deswegen sei es wichtig, das Volk – natürlich zu seinem eigenen Wohle – zu betrügen. Der Preis wurde dann zwischen beiden Fraktionen geteilt. Preisträger in der Gruppe derjenigen, die sich für die Ziele der Aufklärung einsetzten, war Rudolph Zacharias Becker (1752 – 1822), ein großer Volksaufklärer der damaligen Zeit. Heute würden wohl die Proportionen sehr viel

⁹ Der wertende Elitebegriff, wie er dieser *kategorialen* Unterscheidung von ‚Volk‘ und ‚Eliten‘ zugrunde liegt, ist von den *deskriptiven* soziologischen Begriffen der ‚Funktionseliten‘ oder ‚Machteliten‘ zu unterscheiden; beispielsweise lassen sich ‚Machteliten‘ nach C. Wright Mills operational bestimmen als diejenigen Gruppierungen, die über die Machtmittel verfügen, zugunsten ihrer Interessen politische Entscheidungen durchzusetzen, die nationale oder internationale Auswirkungen haben.

¹⁰ Hans Adler (Hg.) (2007). *Nützt es dem Volke, betrogen zu werden? Est-il utile au Peuple d'être trompé?* 2 Bände. Stuttgart: Frommann-Holzboog.

deutlicher zugunsten der Position ausfallen, dass man das Volk belügen und betrügen dürfe. Die Lüge gehört heute ganz selbstverständlich zum alltäglichen politischen Geschäft, bei Politikern wie in den Medien.¹¹ Jean-Claude Juncker, der gegenwärtige Präsident der Europäischen Kommission, stellt im April 2011 unumwunden klar: „Wenn es ernst wird, muss man lügen.“ Und natürlich ist es in der Politik immer ernst.

Einfacher jedoch können sich die Eliten um das Volkswohl kümmern, wenn sie gar nicht erst zu lügen brauchen, weil das Volk gar kein Interesse mehr an der Wahrheit hat. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn das Volk politisch apathisch und infantilisiert ist. Von den intellektuellen Gehilfen der Machteliten wurde rasch erkannt, dass ‚Demokratie‘ nur dann im gewünschten Sinne funktionieren kann, wenn es durch *Soft Power*-Techniken gelingt, eine umfassende Entpolitisierung und politische Lethargie des Staatsvolkes zu erzeugen. Durch geeignete Techniken kann man also die von La Boétie analysierte „freiwillige Knechtschaft“ des Menschen, in der die Unterdrückten die Unterdrückung paradoxerweise freiwillig akzeptieren, fördern, indem man sie durch Konsumismus, Infantilisierung und glückliche Unmündigkeit möglichst angenehm gestaltet – eine gesellschaftliche Entwicklung, die Aldous Huxley scharfsinnig vorausgeahnt hat in seinem dystopischen Roman „*Schöne neue Welt*“ (1932). Huxley beschreibt die Möglichkeiten, wie durch geschicktes Ausnutzen der ‚Schwachstellen‘ des menschlichen Geistes „politische Machthaber und ihre Armee von Managern eine Bevölkerung beherrschen können, die gar nicht gezwungen zu werden braucht, weil sie ihre Knechtschaft lieben“.

Demokratiemanagement durch Lethargieerzeugung

Es bedarf natürlich einiger Anstrengungen der Volkserziehung durch die Eliten, bis das Volk bereit ist, die ideologische Unterteilung in ‚Eliten‘ und ‚Volk‘ zu akzeptieren und somit überzeugt ist, dass das Volkswohl bei den Eliten am besten aufgehoben ist. Eine Möglichkeit, dies zu bewerkstelligen, könnte sein, dem Volk die entsprechenden Überzeugungen mit klassischen Techniken der Propaganda regelrecht einzutrichtern. Sehr viel wirksamer und nachhaltiger ist es jedoch, viel grundlegender anzusetzen und insgesamt die Befähigung zu blockieren, überhaupt Überzeugungen auszubilden. George Orwell und Hannah Arendt haben, mit unterschiedlichen Mitteln, genau diesen Aspekt in ihrer Analyse totalitärer Herrschaftssysteme klar erkannt: *“The aim of totalitarian education has never been to instill convictions but to destroy the capacity to form any.”*¹²

Ein wirksamer Weg, das Volk davon abzuhalten, überhaupt politische Überzeugungen auszubilden, besteht in der Erzeugung von politischer Lethargie. Daher überrascht es nicht, dass die Leitintellektuellen der Machteliten politische Lethargie als geradezu unverzichtbar für eine Demokratie preisen und über Techniken nachdenken, wie sie sich am besten erreichen läßt.

Nur zwei prominente Stimmen aus der reichen Literatur hierzu: Robert Michels (1876 – 1936), ein bedeutender deutscher Soziologe, schrieb 1911 in seinem Klassiker *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*: „Das unterscheidende und wertvollste Element der Demokratie ist die

¹¹ siehe hierzu z.B. John J. Mearsheimer (2003). *Why leaders lie*. Oxford University Press.

¹² Hannah Arendt (1951). *Origins of totalitarianism*. New York. (Ch. 13) – deutsch (1986). *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*. München: Piper.

Bildung einer politischen Elite im Konkurrenzkampf um die Stimmen einer hauptsächlich passiven Wählerschaft.“¹³

In ähnlicher Weise sah Leo Strauss (1899 – 1973) – einer der einflußreichsten politischen Philosophen der USA, scharfer Aufklärungsgegner, radikaler Verteidiger einer Elitenherrschaft und Hausphilosoph der Neokonservativen - die politische Lethargie des Volkes als eine notwendige Voraussetzung, ohne die Demokratie nicht funktionieren könne. „Was die Massen anbelangt, so ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren von Demokratie eine Wahl-Apathie , d.h. ein Mangel an Gemeinsinn. Zwar nicht das Salz der Erde, jedoch das Salz der modernen Demokratie sind diejenigen Bürger, die nichts außer den Sportseiten und dem Comiecteil lesen.“¹⁴

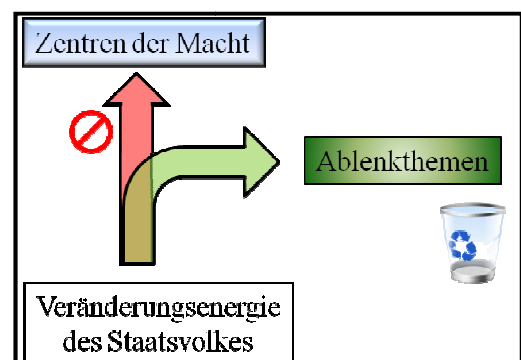
In heutigen Abhandlungen der politischen Leitintellektuellen der Machteliten wird dies freilich nicht mehr so offen ausgesprochen wie in den Klassikern der Elitendemokratie. Doch bedarf es solcher expliziten Äußerungen gar nicht, denn es liegt in der Natur der Sache, dass die Machteliten nichts mehr fürchten als den mündigen Bürger. Folglich bemühen sie sich nach Kräften, eine politische Mündigkeit der Bürger zu verhindern. Dazu bedienen sie sich eines breiten Spektrums von Strategien und Methoden einer kognitiven und affektiven Manipulation der Bürger.

Demokratiemanagement durch Techniken der Mentalvergiftung

Besonders wirksam sind Arten der Manipulation, die direkt auf den Kern unserer mentalen Kapazitäten zielen und dazu beitragen, Chaos in den Köpfen anzurichten, aus dem sich dann politischer Nutzen ziehen läßt. Diese Formen der Manipulation will ich, in Ermangelung eines geeigneteren Wortes, *Mentalvergiftung* nennen. Eine Mentalvergiftung kann auf eher affektive oder auf eher kognitive Bereiche unseres Geistes zielen.

Am einfachsten läßt sich dies auf affektivem Wege bewerkstelligen. Durch die Erzeugung von geeigneten intensiven Affekten läßt sich das Denken lähmen und die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Zentren der Macht ablenken und auf jeweils gewünschte Ablenkziele und Ablenkthemen richten.

Besonders erfolgversprechend ist dabei die systematische Erzeugung von Angst und Haß, die seit jeher zu den wirksamsten Instrumenten der Kontrolle der öffentlichen Meinung gehören. Lasswell stellte in seinem Standardwerk schon 1927 klar: „Es darf keine Zweifel darüber geben, auf wen sich der Haß der Öffentlichkeit zu richten hat.“¹⁵ Durch die Erzeugung von Haß läßt sich auch Ängsten ein geeignetes Zielobjekt geben, auf

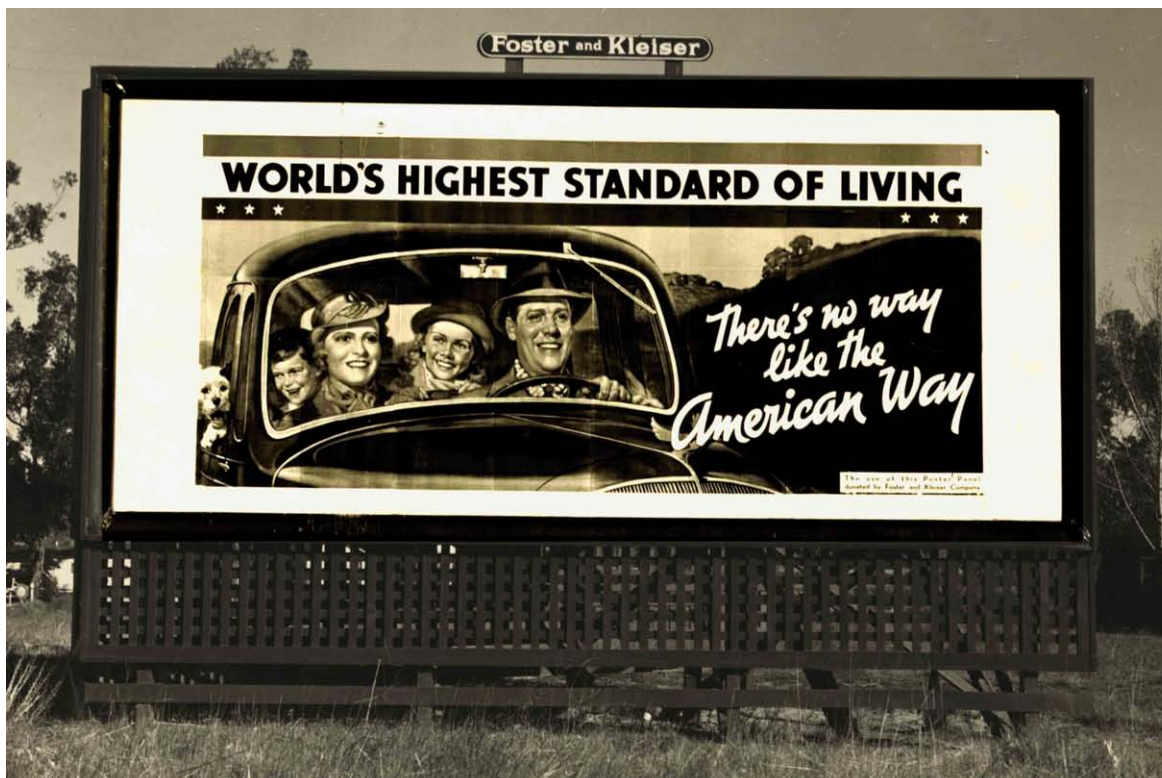


¹³ Robert Michels (1911). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig: Klinkhardt.

¹⁴ Leo Strauss (1995). *Liberalism Ancient and Modern*, University of Chicago Press.

¹⁵ "There must be no ambiguity about who the public is to hate."
Harold D. Lasswell (1927). *Propaganda Technique in the World War*. New York.

das sich dann Affekte des Volkes richten können. Dadurch ist sichergestellt, dass sich Empörungsenergie und Veränderungsbedürfnisse nicht gegen die Zentren der Macht richten. Auch die strukturelle Erzeugung von Ängsten auf sozio-ökonomischen Wege – beispielsweise ein hohes Maß von beruflichem Stress, gesellschaftliche Versagensängste und Ängste vor sozialem Abstieg - läßt sich für dieses Ziel nutzen. Weitere Methoden, die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Zentren der Macht abzulenken, sind Zerstreuung durch eine mediale Überflutung mit Nichtigkeiten¹⁶, Konsumismus, Ausbildung von ‚Falsch-Identitäten‘ oder Infantilisierung.¹⁷



Dorothea Lange, 1937, "Billboard on U.S. Highway 99 in California. National advertising campaign sponsored by National Association of Manufacturers" Library of Congress, Prints & Photographs Division, FSA/OWI Collection LC-USF34-016211-C

Es gibt also eine sehr reichhaltige und seit Jahrzehnten systematisch ausgearbeitete Palette von Techniken affektiver Mentalvergiftungen, durch die die Interessen der Machteliten verschleiert und

¹⁶ Die Bedeutung einer Überflutung mit Nichtigkeiten für die Frage, wie man Menschen dazu bringen kann, ihre Knechtschaft hinzunehmen, wurde auch von Aldous Huxley erkannt. Huxley schreibt 1958, dass man früher der Auffassung gewesen sei, bei der Identifikation von Propaganda ginge es bloß um die Frage, ob eine Nachricht wahr oder falsch sei. Eine solche Auffassung ginge jedoch völlig an dem vorbei, was tatsächlich „in unseren kapitalistischen Demokratien“ passiert ist, nämlich „die Entwicklung einer Medienindustrie, der es nicht um richtig oder falsch geht, sondern die sich mit mehr oder weniger völlig irrelevanten Dingen beschäftigt. In anderen Worten: Die frühen Vorstellungen über Propaganda haben versäumt, den fast unersättlichen Drang des Menschen nach Ablenkung durch Nichtigkeiten zu berücksichtigen.“ Hier bleibt die tiefere Frage, welche gesellschaftlichen und psychologischen Faktoren erst psychische Entwicklungen wie einen „Drang zu Nichtigkeiten“ (und zu *trash und junk*) entstehen lassen. Aldous Huxley (1958). *Brave New World Revisited*. New York: Harper.

¹⁷ Dabei werden auch natürliche regressive Bedürfnisse des Menschen nach Passivität und Abgabe von Verantwortung mißbraucht.

die Bürger von einer gesellschaftlichen Artikulation ihrer eigenen Interessen abgehalten werden sollen.¹⁸

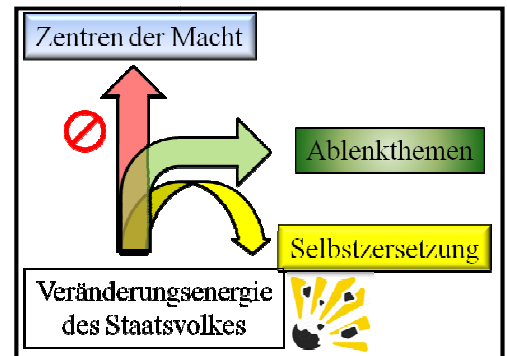
Eine Mentalvergiftung kann auch auf unsere *kognitiven* Kapazitäten zielen und unser Denken so vergiften, dass keine Form rationaler Argumentation hilft, es – wie es in der Zeit der Aufklärung hieß – wieder heller in den Köpfen der Menschen werden zu lassen. Am einfachsten lässt sich dies über geeignete Begriffe und über Bedeutungsverschiebungen von Begriffen bewerkstelligen. Hierzu gehören insbesondere all die Orwellschen Falschwörter, mit denen Politiker und Leitmedien versuchen, über die Sprache auch unser Denken zu bestimmen. Beispiele lassen sich im Überfluß finden, etwa ‚Freihandel‘, ‚Lohnnebenkosten‘, ‚Protestwähler‘, ‚Rettungsschirm‘, ‚Terrorismus‘, ‚humanitäre Intervention‘, ‚Kollateralschäden‘, oder ‚Globalisierungskritiker‘.

Die Wirksamkeit solcher Begriffe beruht darauf, dass wir von Natur aus zu einem gewissen Wortaberglauben neigen und damit zu der Überzeugung, dass Wörter auch Sachverhalte widerspiegeln. Wir neigen also dazu, vorgefundene Wörter zur Organisation unserer Gedanken naiv zu verwenden. Dabei übersehen wir, was Wörter alles an ideologischem Gehalt und an stillschweigenden Vorannahmen transportieren. Leider ist es ausgesprochen schwierig, unseren natürlichen Wortaberglauben zu überwinden und zu einer Haltung zu kommen, die – gerade im politischen Bereich – jedes Wort als ein Päckchen ideologischer Vorannahmen ansieht, das man zunächst sorgfältig aufschnüren muß. Eine solche Haltung, Wörter in ihrer Bedeutung und ihrem ideologischen Ballast kritisch zu hinterfragen, bedarf intensiver Schulung. Genau auf diesen Aspekt einer Ideologiekritik hatte man in der Zeit der Aufklärung den Blick gerichtet und sehr wirksame Methoden der Identifikation verborgener Vorurteile und ideologischer Elemente entwickelt. Verständlicherweise haben die herrschenden Eliten kein Interesse daran, dass diese Methoden in den Sozialisationsinstanzen der Gesellschaft gelehrt und tradiert werden.

Eine weitere Klasse kognitiver Mentalvergiftung stellen *Denunziationsbegriffe* und *Diffamierungsbegriffe* dar. Unter solchen Begriffen erfreuen sich gegenwärtig Begriffe wie ‚Querfront‘, ‚Verschwörungstheorie‘, ‚Antiamerikanismus‘, oder ‚Populismus‘ besonderer Beliebtheit bei den Macht- und Funktionseliten. Diese Begriffe haben eine perfide Logik: Sie beruhen auf einer bestimmten Form einer gedanklichen *Verklammerung* unterschiedlicher Themenbereiche, durch die suggeriert wird, zwei gänzlich unabhängige Themenbereiche seien gleichsam ihrem Wesen nach miteinander verwoben. Auf diese Weise sollen speziell Themen, deren öffentliche Diskussion die Machteliten und die sie stützenden Elitengruppen als unerwünscht und abträglich für ihren Status ansehen, dadurch in Diskredit gebracht werden, dass sie mit Themen verklammert werden, die geächtet sind oder als anrüchig gelten – wie etwa rechtsextreme oder rassistische Auffassungen. Durch eine solche Verklammerung können sich die Machteliten und Funktionseliten vor Kritik immunisieren, indem sie bestimmte Themenbereiche aus dem öffentlichen Diskussionsraum verbannen.

¹⁸ Diese Techniken sind daher ein wesentliches Element von Methoden der sozialen ‚Befriedung‘ und der Erzeugung von Duldung und Zustimmung; siehe zu den entsprechenden historischen Entwicklungen in den USA: Steven Fraser (2015). *The Age of Acquiescence: The Life and Death of American Resistance to Organized Wealth and Power*. New York: Little Brown.

Begriffe wie ‚Querfront‘ dienen nicht nur dazu, Kritik von den Zentren der Macht abzulenken, sondern auch dazu, eine Selbstersetzung linker Positionen zu befördern. Dabei sind es nicht nur die Machteliten selbst, die daran ein Interesse haben, sondern auch die Vertreter einer reformistischen ‚system-offenen‘ Linken, die ihre symbiotische Haltung zur Macht damit zu verdecken suchen, dass sie den öffentlichen Denkbereich auf ‚vernünftige‘, also systemstabilisierende Ziele zu begrenzen suchen. Verklammert man also eine an die Wurzeln gehende linke Machtkritik mit dem Vorwurf einer Nähe zu rechten Positionen, so wird diese Kritik gleichsam als infiziert mit geächtetem Gedankengut markiert und damit wieder zu einem gedanklichen Sperrgebiet.



Solche Kontaminations- und Pathologisierungsbegriffe, wie ‚Querfront‘, mit denen eine fundamentale Kritik an den tatsächlichen Zentren der Macht als unzulässig markiert werden soll, sind besonders bei den intellektuellen und journalistischen Wasserträgern der Mächtigen beliebt. Sie gehören zur Sprache des Opportunismus, mit der man bekundet, dass man um die Gunst der Mächtigen buhlt und gerne bereit ist, sich in den Dienst der jeweils herrschenden Ideologie zu stellen.

Andere Verklammerungsbegriffe, insbesondere ‚Anti-Amerikanismus‘ und ‚Populismus‘, weisen eine komplexere Verwendung auf. Sie werden ebenfalls als Denunziations- und Diffamierungsbegriffe verwendet, um eine fundamentalere Kritik an den Machteliten zu blockieren. Zugleich jedoch bezeichnen sie zutreffend tatsächlich vorkommende Haltungen und gesellschaftliche Phänomene, die einer ernsthaften öffentlichen Diskussion bedürfen.

‚Anti-Amerikanismus‘ als politischer Kampfbegriff

Es gibt tatsächlich einen Anti-Amerikanismus im Sinne eines Ressentiments gegen die amerikanische Kultur und gegen die amerikanische Bevölkerung. Diese Art von Anti-Amerikanismus im Sinne eines kulturellen Rassismus war Anfang des letzten Jahrhunderts in Europa weit verbreitet, besonders im Bildungsbürgertum und bei intellektuellen Vertretern der Gegenaufklärung. Prominentes Beispiel ist Martin Heidegger. Heute findet er sich noch in der völkischen Rechten und beim Rechtspopulismus, wo er meist in einen nationalistischen Souveränitätsdiskurs eingebettet ist. In politisch relevanten öffentlichen Diskussionen spielt dieser Begriff eines ‚Anti-Amerikanismus‘ im Sinne eines anti-amerikanischen Ressentiments jedoch kaum noch eine Rolle. Hier wird vielmehr der Begriff ‚Anti-Amerikanismus‘ als reiner Verklammerungsbegriff und als politischer Kampfbegriff verwendet, um tiefere Kritik an den Machtzentren einer Hegemonialmacht zu blockieren. Der US-amerikanische Historiker Max Paul Friedman, der die Geschichte dieses Konzeptes nachzeichnet und analysiert, sieht im Konzept des Anti-Amerikanismus in erster Linie einen politischen Kampfbegriff zur Abwehr von Kritik; dieser Begriff diene vor allem zur ideologischen Stabilisierung der Idee des amerikanischen ‚Exzeptionalismus‘.¹⁹

¹⁹ Max Paul Friedman (2012). *Rethinking Anti-Americanism: The History of an Exceptional Concept in American Foreign Relations*, Cambridge University Press.

Der Begriff ‚amerikanischer Exzeptionalismus‘ bezeichnet eine Ideologie, der zufolge die USA eine einzigartige Sonderstellung unter den Nationen der Welt einnehmen, die aus ihrer besonderen Geschichte und aus ihrer einzigartigen Machtfülle erwachse. Der Exzeptionalismus stellt die politische Kernideologie der USA dar.²⁰ Er drückt sich, wie Stephen Kinzer schreibt, auch darin aus, dass die USA die einzigen in der Geschichte der Neuzeit sind, die überzeugt sind, dass sie Gottes Werk verrichten, indem sie ihr politisches und wirtschaftliches System anderen bringen.²¹

Wegen ihrer Einzigartigkeit seien die USA, so die Vertreter des Exzeptionalismus, grundsätzlich an völkerrechtliche Vereinbarungen nur insoweit gebunden, wie ihnen dies nützt.²² Auch ließen sich ihre Taten grundsätzlich nicht nach den moralischen Normen bewerten, nach denen die USA die Taten anderer Nationen bewerten. Denn es könne grundsätzlich keine „moralische Äquivalenz“ zwischen den USA und anderen Staaten in der Bewertung ihrer Taten geben, da sich Verbrechen von ‚wesenhaft Guten‘ nicht mit Maßstäben bewerten ließen, die man an Verbrechen von ‚wesenhaft Schlechten‘ anlegt. Folglich mögen die USA zwar gelegentlich ‚Fehler‘ machen, können jedoch aus grundsätzlichen Gründen keine Kriegsverbrechen begehen – weder in Vietnam, noch im Irak oder in Syrien. Und aus ebenso grundsätzlichen Gründen können sie auch keine Zivilisten ermorden, sondern Zivilisten sterben einfach als ‚kollaterale‘ Folge bester Intentionen.

Es gehört nicht viel dazu, den Exzeptionalismus – der in der Geschichte, auch der europäischen, in vielfältigen Formen auftrat und auftritt – als eine moralische und intellektuelle Pathologie zu erkennen – eine Pathologie, die mitverantwortlich für die größten Blutspuren in der Zivilisationsgeschichte ist. Gleichwohl finden sich wieder zahllose Intellektuelle, die bereit sind, diese Pathologie mit einer Rechtfertigungsideologie zu versehen. Da die USA wesenhaft gut seien, entzögen sich ihre Taten grundsätzlich einer Bewertung nach völkerrechtlichen Normen.²³

²⁰ siehe hierzu z.B.:

McCrisken, T. B. (2002). Exceptionalism. In: A. Deconde, R. D. Burns & F. Logevall (eds.), *Encyclopedia of American Foreign Policy, Vol. 2*, 2nd ed. New York: Scribner, pp. 63–80.

McCrisken, T. B. (2003). *American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam: US Foreign Policy since 1974*. New York: Palgrave Macmillan.

²¹ Die USA “are the only ones in modern history who are convinced that by bringing their political and economic system to others, they are doing God’s work”. Stephen Kinzer (2006). *Overthrow: America’s Century of Regime Change From Hawaii to Iraq*. New York: Times Books.

²² “A new international order is emerging, but it is being crafted to suit American imperial objectives. The empire signs on to those pieces of the transnational legal order that suit its purposes (the WTO, for example), while ignoring or even sabotaging those parts (the International Criminal Court, the Kyoto Protocol, the ABM Treaty) that do not.” Michael Ignatieff (2002). *Barbarians at the Gate?*, *New York Review of Books*, 28. Februar 2002.

siehe hierzu auch:

Martti Koskeniemi (2004). International law and hegemony: a reconfiguration. *Cambridge Review of International Affairs*, 17, 197-218.

Benjamin Allen Coates (2016). *Legalist Empire: International Law and American Foreign Relations in the Early Twentieth Century*. Oxford University Press.

²³ Bei der Bewertung völkerrechtlicher Regelwerke und Normen stellt sich die Frage, inwieweit ihre Entwicklung nicht selbst schon überwiegend durch Interessen von Kolonial- und Hegemonialmächten geprägt ist: “If...one sees extant problems of global instability – ongoing wars, ecological disintegration, and the growing disparities in income or social well-being – as incapable of being resolved by the current international regime, perhaps even as caused by the policies and practices of ‘civilized’ states, a different story will have to be told, and lived by, that challenges both the contemporary framework of international law and the precepts of American exceptionalism.” Natsu Taylor Saito (2010). *Meeting the Enemy: American Exceptionalism and International Law*. New York University Press. (S. 228)

Der damalige Chefankläger in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen Robert H. Jackson (1882-1954) hatte seinerzeit festgestellt²⁴, dass die Rechtsprinzipien, die in Nürnberg entwickelt worden sind, allgemeingültig seien und somit auch zukünftig bei einer rechtlichen Bewertung von Verbrechen anderer Staaten, auch der USA, zugrunde gelegt werden müssten.²⁵ Würde man diesen Anspruch ernst nehmen, so hätte, wie Noam Chomsky bemerkte, jeder amerikanische Nachkriegspräsident als Kriegsverbrecher gehängt werden müssen. - Soviel nur am Rande zum amerikanischen Exzeptionalismus.

‚Populismus‘ als politischer Kampfbegriff

Auch ‚Populismus‘ ist – ähnlich wie ‚Anti-Amerikanismus‘ - ein Verklammerungsbegriff mit einer komplexeren Verwendung. ‚Populismus‘ beinhaltet im Kern eine Form der politischen Kommunikation, die durch volksnahes Sprechen und unzulässige Vereinfachungen auf Affekte zielt. In diesem Sinne sind natürlich alle unsere großen Volksparteien extrem populistische Parteien. Wenn sich die großen Parteien durchgängig selbst ausgesprochen populistischer Methoden und Strategien bedienen, stellt sich natürlich die Frage, warum sie so beharrlich den Begriff ‚Populismus‘ als politischen Kampf- und Ausgrenzungsbegriff verwenden.

Die Antwort findet sich in einem weiteren charakteristischen Merkmal populistischer Haltungen, nämlich einer fundamentale Kritik an den Eliten.²⁶ Es ist gerade dieser Aspekt, der den Machteliten natürlicherweise sehr mißfällt. Wie läßt sich nun eine solche Fundamentalkritik an den Machteliten zum gedanklichen Sperrgebiet machen und somit aus dem als ‚vernünftig‘ anzusehenden Diskussionsraum ausgrenzen? Dies läßt sich wieder durch eine geeignete Verklammerung mit geächteten Haltungen bewerkstelligen.

Dazu ist in diesem Fall der Rechtspopulismus mit seinen ideologischen Kernelementen sehr hilfreich.²⁷ Auf Seiten einer völkischen Rechten wird die Gegenüberstellung von ‚Volk‘ und ‚Eliten‘ noch einmal verschärft. Jedoch ist bei ihr mit ‚Volk‘ nicht einfach das Staatsvolk gemeint, sondern ein ethnisch weitgehend homogener ‚Volkkörper‘. In diesem Denken wird die Einheit und Intaktheit des ‚Volkkörpers‘ nicht mehr durch Rasse-Identitäten gestiftet, sondern durch ‚kulturelle Identitäten‘ oder ‚nationale Identitäten‘ – Konzepte, die ebenso Fiktionen sind wie der biologische Begriff von Menschenrassen. Die Aufgabe einer politischen Führung sei es nun, den ‚Volkswillen‘ zum Ausdruck zu bringen. Die gegenwärtigen Eliten seien dazu jedoch nicht in der Lage, weil sie

²⁴ “If certain acts and violations of treaties are crimes, they are crimes whether the United States does them or whether Germany does them. We are not prepared to lay down a rule of criminal conduct against others which we would not be willing to have invoked against us.” Robert H. Jackson zitiert in: Telford Taylor (1993). *The Anatomy of the Nuremberg Trials: A Personal Memoir*. New York: Little Brown.

²⁵ zu Fragen einer ‚Siegerjustiz‘ und von Doppelstandards bei der Entwicklung eines internationalen Strafrechts siehe z.B.:

Frédéric Mégret (2002). The Politics of International Criminal Justice, *European Journal of International Law*, 5, 1261–1284.

William Schabas (2012). *Unimaginable Atrocities: Justice, Politics, and Rights at the War Crimes Tribunals*. Oxford University Press.

²⁶ zu Merkmalen und Erscheinungsformen des gegenwärtigen „populistischen Zeitgeistes“ siehe z.B.:

Cas Mudde (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39, 541–563.

Koen Abts & Stefan Rummens (2007). Populism versus Democracy, *Political Studies*, 55, 405-424.

²⁷ siehe hierzu z.B. Cas Mudde (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.

zu korrupt und unmoralisch seien. Der Rechtspopulismus richtet sich also direkt gegen ‚die da oben‘ – nicht jedoch, weil er grundsätzlich gegen eine Elitenherrschaft ist, sondern weil er gegenwärtige Eliten durch eine nationalistisch bis rassistisch gesinnte Elite ersetzen will.

Damit bietet sich der Rechtspopulismus für eine begriffliche Verklammerung mit denjenigen populistischen Haltungen an, die – wenn auch aus völlig anderen Gründen – ebenfalls eine fundamentale Kritik an den Eliten beinhalten. Verklammert man in dieser Weise populistische Haltungen mit Rechtspopulismus, so läßt sich eine Kritik an den Eliten zu einem generellen gedanklichen Sperrbereich machen. Denn durch eine solche Verklammerung möchten die Eliten suggerieren: Wer sich gegen das Establishment und die Machteliten richtet, neigt auch zu extremistischen Einstellungen, wenn nicht gar zum Rassismus, und steht somit außerhalb des ‚demokratischen Diskurses‘. Genau diese Ausgrenzungsmöglichkeit macht den Populismusvorwurf bei den Eliten so beliebt.

Demokratiemanagement durch Meinungsmanipulation und Indoktrination

Soft Power-Techniken einer Mentalvergiftung zielen also weniger darauf, ganz spezifische Einstellungen und Überzeugungen in den Köpfen zu verankern; sie setzen viel tiefer an, indem sie unsere Befähigung zu blockieren suchen, überhaupt politische Überzeugungen auszubilden. Eine wirksame Kontrolle der öffentlichen Meinung erfordert jedoch zusätzliche Manipulationsformen, durch die sich systematisch bestimmte Einstellungen, Meinungen und Haltungen in den Köpfen der Bevölkerung verankern lassen.

Dabei lassen sich zwei Arten unterscheiden: eine eher kurzfristig angelegte und eine sehr langfristig angelegte. Ich werde sie als *Aktualindoktrination* und *Tiefenindoktrination* bezeichnen. Die Aktualindoktrination vollzieht sich bei der alltäglichen Aufnahme tagesaktueller Nachrichten. Sie zielt darauf, eine Rahmenerzählung für die täglichen politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse zu vermitteln, die mit der Sicht der Eliten übereinstimmt, und auf diese Weise ein gesellschaftliches Weltbild zu erzeugen und zu stabilisieren. Und sie zielt darauf, Fakten, die diese ideologische Rahmenerzählung gefährden könnten, durch eine geeignete Faktenselektion und durch eine geeignete De-Kontextualisierung und Re-Kontextualisierung ‚unsichtbar‘ zu machen - sie also aus ihrem tatsächlichen Sinnzusammenhang zu reißen und sie in einen behaupteten Sinnzusammenhang zu stellen, der sie ihrer politischen Brisanz entkleidet und mit der Sicht der Eliten übereinstimmt.

Die hauptsächlichen Vermittlungsinstanzen einer Aktualindoktrination sind die Medien. Die Rolle der Medien bei einem Demokratiemanagement ist, gerade auch in jüngerer Zeit, hinreichend beleuchtet und analysiert worden. Zur großen Selbstlüge des Journalismus gehört die Behauptung, die Medien würden uns ein angemessenes Bild der gesellschaftlichen und politischen Situation verschaffen. Diese Behauptung ist seit mehr als 100 Jahren so umfassend – auch in methodisch sorgfältigen empirischen Fallstudien - widerlegt worden, dass es einer enormen Realitätsverzerrung bedarf, sie überhaupt noch als diskussionswürdig anzusehen.

Die *Bundeszentrale für Politische Bildung* stellt ein Kriterium bereit, das als Faustregel für eine Unterscheidung von ‚Propaganda‘ und ‚Nachrichten‘ in den Medien und damit für eine Identifikation von Aktualindoktrinationen sehr nützlich ist: „Charakteristisch für Propaganda ist es, dass die verschiedenen Seiten einer Thematik nicht dargelegt und Meinungen und Informationen vermischt

werden.“²⁸ Nach diesem einfachen Kriterium muß der weit überwiegende Teil dessen, was uns die Leitmedien als ‚Nachrichten‘ anbieten, als Propaganda klassifiziert werden.

Tiefenindoktrination zielt auf längerfristig angelegte Prozesse der Vermittlung politischer und gesellschaftlicher Weltbilder und Wertesysteme. Diese Weltbilder oder ‚Narrative‘ werden kognitiv und affektiv so tief verankert, dass sie uns gar nicht mehr als ideologische Weltbilder bewußt sind, sondern als Selbstverständlichkeit erscheinen. Dadurch sind sie weitgehend gegen Fakten und Kritik immun. Mit einer Tiefenindoktrination können also nicht nur ‚störende‘ Fakten kognitiv und affektiv unsichtbar gemacht werden, sondern gleich ganze Denkräume und Denkmöglichkeiten. Die Vermittlungsinstanzen von Tiefenindoktrinationen sind alle Sozialisationsinstanzen, Medien und die Kultur- und Unterhaltungsindustrie. Insbesondere gehören Schulen und Universitäten zu den zentralen Vermittlungsinstanzen von Tiefenindoktrination. Historisch ist dies nicht überraschend, denn die allgemeine Schulpflicht beispielsweise wurde nicht eingeführt, um mündige Bürger zu erzeugen, sondern um „fromme Kirchgänger und gehorsame Staatsdiener“ zu schaffen.²⁹

Der große englische Philosoph, Mathematiker und politische Aktivist Bertrand Russell (1872-1970) hat die gesellschaftliche Funktion von Ausbildungssystemen bereits 1922 auf den Punkt gebracht:

„Ausbildungssysteme sind nicht entwickelt worden, um echtes Wissen zu vermitteln, sondern um das Volk dem Willen der Herrschenden gefügig zu machen. Ohne ein raffiniertes Täuschungssystem in den Schulen wäre es unmöglich, den Schein der Demokratie zu wahren. Es ist nicht erwünscht, dass der normale Bürger selbständig denkt. Weil man der Auffassung ist, dass Leute, die selbständig denken, schwer handzuhaben sind. Nur die Eliten sollen denken. Der Rest soll gehorchen und ihren Führern folgen, wie eine Hammelherde. Diese Doktrin hat auch in Demokratien alle staatlichen Erziehungssysteme von Grund auf verdorben.“³⁰

Noch zu Russells Zeiten war die Indoktrinationsfunktion von Ausbildungssystemen vergleichsweise leicht erkennbar. Heute jedoch ist sie ungleich schwieriger zu identifizieren. In ähnlicher Weise wie die politische Propaganda, die ebenfalls in der damaligen Zeit vergleichsweise leicht als Propaganda auszumachen war und sich seitdem enorm verfeinert und gleichsam unsichtbar gemacht hat, haben sich auch die Indoktrinationsmechanismen von Ausbildungssystemen verfeinert und sind kaum noch als Indoktrinationsmechanismen erkennbar. Insbesondere wirken sie weniger über konkrete Inhalte als über stillschweigend zugrunde gelegte Filter- und Selektionsmechanismen. Im Kern bleiben jedoch die wesentlichen Aspekte der Russellschen Kritik auch für die Gegenwart gültig.³¹

²⁸ <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/krieg-in-den-medien/130697/was-ist-propaganda>

²⁹ Otto Ludwig (1988). *Der Schulaufsatz: seine Geschichte in Deutschland*. Berlin: De Gruyter (S. 265)

³⁰ Bertrand Russell (1922). *Free Thought And Official Propaganda*. New York: Watts.

³¹ Schon bevor im Gefolge der neoliberalen Revolution auch der Bildungssektor konsequent ökonomischen Zwängen unterworfen wurde, stellte Ivan Illich 1971 fest: Das Schulwesen „ist zugleich Hort des gesellschaftlichen Mythos, die Institutionalisierung der Widersprüche dieses Mythos und der Ort des Rituals, das die Dissonanzen zwischen Mythos und Wirklichkeit reproduziert und verschleiert. ... Keine andere Institution könnte ihren Teilnehmern die tiefe Diskrepanz zwischen sozialen Grundsätzen und sozialer Wirklichkeit in der Welt von heute wirksamer verschleiern.“
Ivan Illich (1971/2003) *Entschulung der Gesellschaft. Eine Streitschrift*. München: Beck.

Im folgenden will ich etwas näher auf zwei Beispiele für besonders wirkmächtige und folgenreiche Tiefenindoktrinationen eingehen

Die Ideologie eines ‚benevolenten Imperiums‘

Das erste Beispiel ist die Idee eines ‚benevolenten‘ Imperiums, also eines Imperiums, dessen Handeln von einem selbstlosen Wohlwollen getragen ist. Eine solche Idee erweist sich zwar bereits bei einem Blick auf die Geschichte als eine Absurdität, doch kann man mit hinreichenden propagandistischen Anstrengungen auch Absurditäten als Selbstverständlichkeiten erscheinen lassen. Die Vorstellung von den USA als eines ‚benevolenten‘ Imperiums und einer ‚wohlwollenden Hegemonie‘ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa, vor allem in Deutschland, in gezielter und systematischer Weise fest im öffentlichen Bewußtsein verankert. Die Vermittlung dieser Ideologie wurde strategisch angelegt und betrieben. Dabei spielte der *Council of Foreign Relations* (CFR) eine zentrale Rolle. Der CFR ist weltweit der wohl einflußreichste private Think Tank und hat in den USA seit je eine herausragende Funktion im Formulierungsprozess außenpolitischer Strategien.³²

Der CFR forderte 1949 ein „*information-propaganda-cultural program*“, durch das sich die „Völker im Ausland davon überzeugen lassen, dass unsere Motive gut sind.“³³ Ein Jahr später nahm in Europa - und besonders in Deutschland - der zu diesem Zweck gegründete *Kongress für Kulturelle Freiheit* seine Aktivitäten zur entsprechenden Formung der öffentlichen Meinung auf.³⁴

Da nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Ideologie eines ‚Kampfes gegen den Kommunismus‘ keine ausreichenden Möglichkeiten mehr bot, imperialistische Motive zu verschleiern, mußten diese imperialistischen Motive nun verstärkt durch eine propagandistische Betonung eines ‚moralischen Idealismus‘ der USA verbrämt werden. Zum einen erklärten sich dabei die USA zu

³² Laurence Shoup (2015). *Wall Street's Think Tank: The Council on Foreign Relations and the Empire of Neoliberal Geopolitics, 1976-2014*. New York: Monthly Review Press.

³³ Lester Markel (1949). *Public Opinion and Foreign Policy*. Council of Foreign Relations. New York: Harper & Brothers.

³⁴ Der von der CIA finanzierte und organisierte „*Kongress für kulturelle Freiheit*“ („*Congress for Cultural Freedom*“ CCF) bildete von 1950 bis in die 70er Jahre das Kernstück einer propagandistischen Kampagne, die dazu diente, die westeuropäische Öffentlichkeit an den ‚*American Way of Life*‘ und an die US-Weltsicht heranzuführen und von der grundlegenden ‚Benevolenz‘ der USA zu überzeugen. Dazu bediente er sich eines breiten und weitverzweigten Netzwerkes von Journalisten, Intellektuellen, Wissenschaftlern, Politikern, Geheimdienstmitarbeitern und Wirtschaftsvertretern. Saunders schreibt in ihrem Standardwerk über den CCF: „Ob es ihnen gefiel oder nicht, ob es ihnen bewusst war oder nicht: Es gab nach dem Krieg in Europa nur wenige Schriftsteller, Dichter, Künstler, Historiker, Naturwissenschaftler oder Kritiker, deren Namen nicht auf irgendeine Weise mit diesem geheimen Projekt in Verbindung zu bringen sind. Ungehindert und unentdeckt konnte Amerikas Spionagenetzwerk im Westen über zwanzig Jahre lang eine höchst ausgefeilte, stark subventionierte kulturelle Schlacht führen – eine Schlacht für den Westen, und das im Namen der Meinungsfreiheit.“ Francis Stonor Saunders (2001). *Wer die Zeche zahlt ...: Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg*. München: Siedler.

einem ‚Imperium‘ und zur einzigen globalen Supermacht³⁵, mit einer Macht, so Robert Kagan, „weit größer als sie seit dem Römischen Reich je eine Nation besessen hat“. Und Joseph Nye betonte: „Seit Rom hat sich keine Nation so aus den anderen herausgehoben.“ Zum anderen beanspruchten die USA, nicht lediglich ein Imperium zu sein; vielmehr seien sie, so Charles Krauthammer, ein „einzigartig gutartiges Imperium; das ist kein bloße Selbst-Beglückwünschung, es ist eine Tatsache.“³⁶ Bill Clinton (28. April 2007) nannte die USA *“world's greatest force for peace and freedom”*. Barack Obama (9. April 2007) drückte seine exzeptionalistischen Überzeugungen mit den Worten aus: *“this country is still the last best hope on earth.”* Und Hillary Clinton (25. Juli 2016) nannte die USA „das großartigste Land, das je in der Geschichte auf der Erde geschaffen wurde“- *“the greatest country that has ever been created on the face of the earth for all of history”*. Dies sind keine Einzelstimmen, sondern sie drücken ideologische Kernüberzeugungen US-amerikanischer Identität aus.³⁷

In den entsprechenden Selbstbeschreibungen findet sich immer wieder als Bezugspunkt das Römische Reich und die ‚Pax Romana‘. Das natürliche außenpolitische Ziel der USA sei folglich eine ‚Pax Americana‘.³⁸ Um einen solchen Vergleich³⁹ zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, dass das lateinische Wort ‚pax‘ in der Verbindung ‚Pax Romana‘ nicht einfach ‚Frieden‘ bedeutet, sondern eine durch Gewalt erzeugte Ordnung, die eine überwältigend stärkere Nation schwächeren Nationen aufzwingt. In moderner imperialistischer Rhetorik wird diese Form eines ‚Friedens‘ als ‚Stabilitätssicherung‘ bezeichnet.⁴⁰ Die Ideologie einer ‚wohlwollenden Hegemonie‘ der USA findet ihre Entsprechung in dem Ziel einer *Pax Americana*.

³⁵ siehe z.B. Samuel P. Huntington (1999). *The Lonely Superpower*. *Foreign Affairs*, 78: „The United States, of course, is the sole state with preeminence in every domain of power – economic, military, diplomatic, ideological, technological, and cultural – with the reach and capabilities to promote its interests in virtually every part of the world. There is now only one superpower.”

Oder Karl Rove, der zu den wichtigsten Beratern von George W. Bush gehörte: „Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität.“

“We’re an empire now, and when we act, we create our own reality. And while you’re studying that reality – judiciously, as you will – we’ll act again, creating other new realities, which you can study too, and that’s how things will sort out. We’re history’s actors...and you, all of you, will be left to just study what we do.”

<http://www.nytimes.com/2004/10/17/magazine/faith-certainty-and-the-presidency-of-george-w-bush.html>

³⁶ Krauthammer spricht, wie andere Mitglieder der US-Eliten, zurecht von ‚Imperium‘. Die Frage, “whether it makes sense to call the United States an empire or a hegemon”, wird auch untersucht von Charles S. Maier (2006). *Among Empires: American Ascendancy and its Predecessors*. Harvard University Press. Der Unterschied liegt ihm zufolge darin, “that an empire will punish defectors from its control, while a hegemon will do no more than rely on common interests and moral suasion (S. 64). In diesem Sinne seien die USA als Imperium und nicht einfach als Hegemonialmacht anzusehen.

³⁷ Der bedeutende US-amerikanische Ideengeschichtler Richard Hofstadter schreibt, bereits in den historischen Anfängen „it had been our fate as a nation not to have ideologies but to be one.” Richard Hofstadter (1963). *Anti-intellectualism in American Life*. New York: Knopf. (S. 43)

³⁸ Der US-Historiker Ronald Steel ließ sich in seinem 1967 erschienenen einflußreichen Buch *„Pax Americana“* auch durch den Vietnamkrieg nicht von seiner Auffassung eines “benevolent imperialism of Pax Americana” abbringen, ein Imperialismus, der charakterisiert sei durch “empire-building for noble ends rather than for such base motives as profit and influence”.

³⁹ zu einem solchen Vergleich siehe z.B. Ali Parchami (2009). *Hegemonic Peace and Empire: The Pax Romana, Britannica and Americana*. London: Routledge.

⁴⁰ siehe als typisches Beispiel etwa: Condoleezza Rice (Januar 2000): “America’s military power must be secure because the United States is the only guarantor of global peace and stability.”

Läßt man die Rhetorik eines moralischen Idealismus und einer ‚wohlwollenden Hegemonie‘ als Legitimationsrhetorik für die Öffentlichkeit beiseite, so bleibt – hier wie in anderen Fällen - die Frage nach den eigentlichen Triebfedern imperialistischer Außenpolitik. Für die USA hat George F. Kennan, einer der brilliantesten amerikanischen Politikstrategen und Vertreter der sog. „realistischen Schule“, ausgesprochen, worum es geht:

„Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. ... Unsere eigentliche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten. [...] Wir sollten aufhören von vagen – und für den Fernen Osten – unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.“⁴¹

Soweit George Kennans machtpolitische Analyse.⁴² Da andere Nationen eigenartigerweise nicht freiwillig bereit sind, die Kosten für die Beibehaltung des Wohlstands der USA aufzubringen, müsse man „auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten“.⁴³

Der renommierte US-amerikanische Sozialhistoriker William A. Williams legt die tatsächlichen Gründe imperialistischer Politik offen: „Die Triebfeder dieses Imperiums ist und war immer die Unwilligkeit, auf der Basis der eigenen Mittel zu leben.“⁴⁴

Gegenüber den Zahlen, die Kennan nennt, hat sich bis heute die Situation noch einmal extrem verschärft. Der *Scientific American* nennt 2012 folgende Zahlen:

⁴¹ George F. Kennan, *Memo PPS23* vom 28. Februar 1948, freigegeben am 17. Juni 1974

⁴² Eine solche realpolitische Analyse tatsächlicher Triebfedern imperialistischer Bestrebungen ist natürlich dem Volk nicht zuzumuten. Wegen unserer natürlichen moralischen Sensitivitäten könnte sie Anlaß zu Empörung geben. Daher bleibt man gegenüber dem Volk lieber bei der ideologischen Rahmenerzählung eines ‚wohlwollenden Imperiums‘. Z.B.: Barack Obama: „That’s part of what makes us special as Americans. Unlike the old empires, we don’t make these sacrifices for territory or for resources. We do it because it’s right. There can be no fuller expression of America’s support for self-determination than our leaving Iraq to its people. That says something about who we are.“ <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2011/12/14/remarks-president-and-first-lady-end-war-iraq> Charles S. Maier stellt in *Among Empires* zurecht fest: „Hypocrisy is the tribute imperialism pays to democracy.“

⁴³ Wie ein solcher Verzicht auf „Sentimentalitäten“ in der Realität aussieht, wird dargestellt u.a. in: Noam Chomsky (2017). *Hegemonie oder Untergang: Amerikas Streben nach Weltherrschaft*. Frankfurt: Nomen. Walter Nugent (2008). *Habits of Empire: A History of American Expansion*. New York: Knopf. William Blum (2004) *Killing Hope. U.S. Military and C.I.A Interventions since World War II*. Monroe: Common Courage Press. Michael McClintock (1992). *Instruments of Statecraft: U.S. Guerilla Warfare, Counter-Insurgency, Counter-Terrorism* New York: Pantheon Books.

⁴⁴ William A. Williams (1980). *Empire as a Way of Life: An Essay on the Causes and Character of America's Present Predicament, Along With a Few Thoughts About an Alternative*. Oxford University Press – deutsch: (1997). *Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik*. Hamburg: Junius.

„Die USA machen weniger als 5% der Weltbevölkerung aus und verbrauchen 33 % des Papiers der Welt, 23% der Kohle, 27 % des Aluminiums und 19 % des Kupfers. ... Unser pro-Kopf-Verbrauch von Energie, Metallen, Mineralien, Forsterträgen, Fisch, Getreide und an Trinkwasser läßt den Gesamtverbrauch aller Menschen in der Dritten Welt winzig aussehen. Amerikaner machen nur 5 % der Weltbevölkerung aus, erzeugen jedoch 50% des globalen Abfallaufkommens.“

Der sog. „ökologische Fußabdruck“ – d.h. die Fläche auf der Erde, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen dauerhaft zu ermöglichen - beträgt für die USA 8 gha („globaler Hektar“, d.h. eine Fläche von 1 Hektar mit weltweit durchschnittlicher biologischer Produktivität). Deutschland steht mit etwa 5 gha nur wenig besser dar und nimmt im internationalen Vergleich ebenfalls einen Wert im Spitzenbereich ein.⁴⁵ Insofern muß auch der deutsche Lebensstandard in der ‚Dritten Welt‘ verteidigt werden. Dazu ist es natürlich notwendig, dass Deutschland wieder „mehr Verantwortung in der Welt übernimmt“ und seinen Beitrag zur „Stabilitätssicherung“ leistet. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben, die Bereitschaft zu Bundeswehreinätzen und eine konsequente Militarisierung der EU sind hierzu wichtige und unvermeidbare Schritte.⁴⁶

Full Spectrum Dominance

Dass die USA ein „einzigartig gutartiges Imperium“ sind, wird auch an zahlreichen weiteren Indikatoren sichtbar. Zunächst natürlich in den Rüstungsausgaben der USA, die den Rüstungsausgaben aller anderen Nation zusammen entsprechen.

Diese gigantischen Ausgaben sind notwendig, um die von den USA beanspruchte „*full spectrum dominance*“ zu sichern, also die Kontrolle des Landes, aller Meere, des Luftraumes, des Weltraums, des Cyberspace und aller wichtigen Ressourcen.⁴⁷ Auch die Ausgaben für eine Kontrolle der öffentlichen Meinung, durch die erst „*our ability to shape world opinion*“ (Barack Obama, 28. Mai 2014) sichergestellt werden kann, übertreffen diejenigen aller anderen Staaten zusammen.

⁴⁵ <http://www.wwf.de/living-planet-report/>

⁴⁶ Innerhalb der Macht- und Funktionseliten gilt es mehr oder weniger als Selbstverständlichkeit, dass zur Sicherung „freier Handelswege und der Rohstoffversorgung“ auch Wirtschaftskriege in der sog. Dritten Welt – in der Tradition der Kanonenbootpolitik kolonialer Seemächte – erforderlich sein können.

vgl. *Verteidigungspolitische Richtlinien 2011*

https://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/start/sicherheitspolitik/angebote/dokumente/verteidigungspolitische_richtlinien/

Der damalige SPD-Verteidigungsminister Peter Struck stellte 2002 klar: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird heute auch am Hindukusch verteidigt.“ Und 2010 pflichtete ihm der damalige Bundespräsident Horst Köhler mit der Einschätzung bei, dass „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren.“ Soviel Offenheit war natürlich dem Volk nicht zuzumuten, da es daraus angemessene Schlußfolgerungen ziehen könnte, und führte zu Köhlers Rücktritt.

⁴⁷ wie in dem vom Verteidigungsministerium der USA am 30. Mai 2000 veröffentlichten Strategiepapier „*Joint Vision 2020*“ formuliert

<http://archive.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=45289>

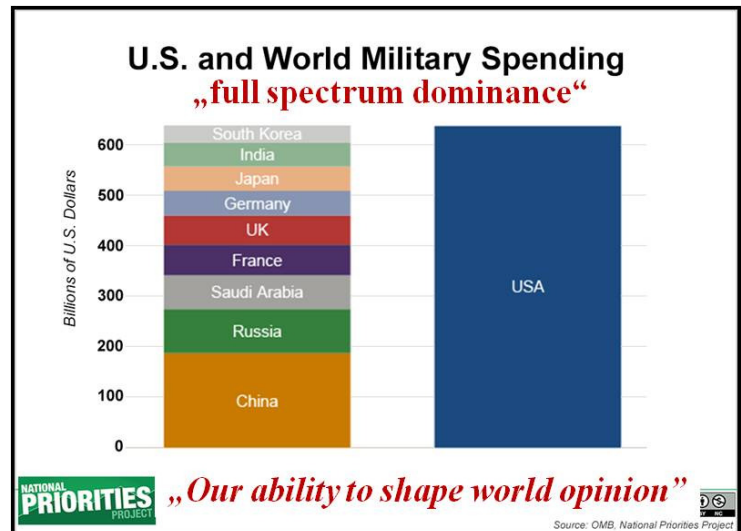
Die „einzigartige Gutartigkeit“ der USA zeigt sich auch in den entsprechenden Aktivitäten von Dutzenden Geheimdiensten, die weltweit operieren. Die *New York Times* berichtet 2014 aus einem geheimen CIA-Bericht über CIA-Unterstützung von Terroristen während der letzten sechs Jahrzehnte und über die von der CIA begangenen Morde und Anschläge.⁴⁸

Noam Chomsky bemerkte dazu lapidar, dass man aus diesem Bericht nur die Schlußfolgerung ziehen könne,

dass die USA - nach den Kriterien, die sie selbst für die Definition eines terroristischen Staates gegeben haben - ein führender terroristischer Staat seien.⁴⁹

US-Truppen oder anderes Militärpersonal operieren in 160 Ländern. Die USA kontrollieren, wie George Friedman, einflußreicher Politikberater und Gründer des Think Tank STRATFOR, 2015 hervorhob, alle Ozeane der Welt, was nie zuvor eine Macht erreicht habe. Das habe, so Friedman, den Vorteil, dass die USA in andere Länder einfallen könnten, diese jedoch nicht bei ihnen, was eine schöne Situation sei.⁵⁰

Diese „schöne Situation“ beruht auch darauf, dass die USA über 800 Militärbasen in etwa 80 Ländern verfügen. Großbritannien verfügt über ungefähr 7, Frankreich über 5 Militärbasen in ehemaligen Kolonien, Russland über etwa 8 in ehemaligen Sowjetrepubliken und 1 in Syrien.⁵¹ Die USA verfügen also über etwa 95% aller weltweit vorhandenen Militärbasen (mit Gesamtkosten von über 150 Milliarden Dollar pro Jahr).⁵²



⁴⁸ <https://www.nytimes.com/2014/10/15/us/politics/cia-study-says-arming-rebels-seldom-works.html>

siehe auch z.B.:

Douglas Valentine (2017). *The CIA as Organized Crime: How Illegal Operations Corrupt America and the World*. Atlanta: Clarity Press.

Chalmers Johnson (2004). *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*. New York: Henry Holt.

⁴⁹ <http://www.truth-out.org/news/item/27201-the-leading-terrorist-state>

⁵⁰ George Friedman (STRATFOR), 5. April 2015, *Chicago Council on Global Affairs*

⁵¹ https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Russian_military_bases_abroad

⁵² zu US-Militärbasen siehe:

Nick Turse (2017). *Special Ops, Shadow Wars, and the Golden Age of the Gray Zone*. TomDispatch.com.

<http://www.tomdispatch.com/post/176227/>

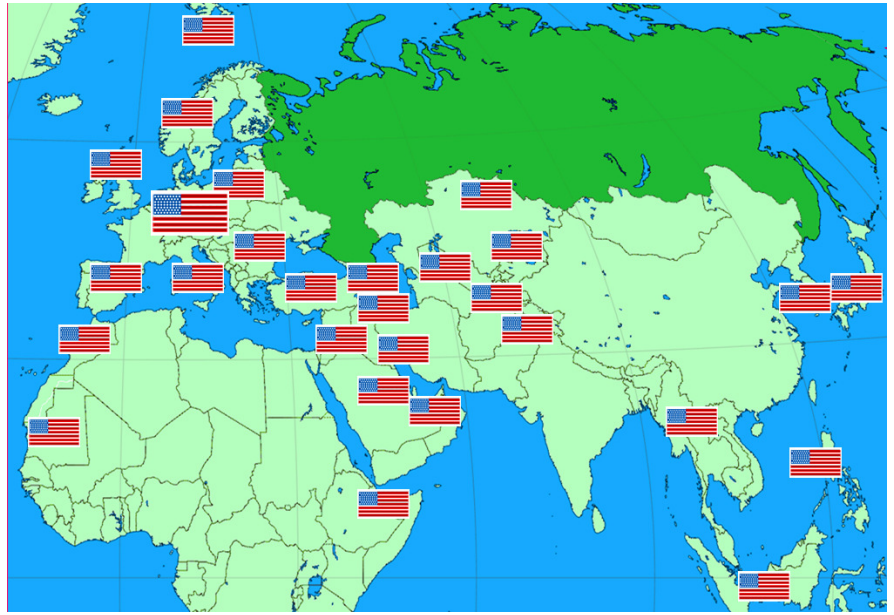
David Vine (2015). The United States Probably Has More Foreign Military Bases Than Any Other People, Nation, or Empire in History, *The Nation*, September 14.

<https://www.thenation.com/article/the-united-states-probably-has-more-foreign-military-bases-than-any-other-people-nation-or-empire-in-history/>

David Vine (2015). *Base Nation: How U.S. Military Bases Abroad Harm America and the World*. New York: Henry Holt.

Für eine ‚Stabilitätssicherung‘ ist es dabei unerlässlich, andere Großmächte, die sich bislang einer Kontrolle durch die USA entziehen, mit einem ‚Sicherheitsring‘ von Militärbasen zu umgeben.

Russland war dabei seit je für die USA ein besonderes Objekt der Begierde, und die Jelzin-Zeit⁵³ hatte bei ihnen gewaltige Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen und politischen Beutezug geweckt. Da diese Hoffnungen unter der nachfolgenden Präsidentschaft Putins enttäuscht worden waren, mußten die USA versuchen, dieses Ziel auf anderen Wegen zu erreichen. Die ent-



sprechenden Bemühungen spiegeln sich dabei auch in der wachsenden Zahl von US-Militärbasen wider, die die USA zur ‚Friedenssicherung‘ und zur Eindämmung der ‚russischen Aggression‘ errichteten.

Bereits 1957 stellte Arno Schmidt (1914 – 1979) die Frage: „Wer hat wen eingekreist?!“

„Die Antwort läßt sich, damals wie heute, mit einem Blick auf die Weltkarte leicht geben: „- ein Blick auf die Weltkarte genügt: Denn da sucht man vergebens die bedrohlichen sowjetischen Stützpunkte auf den Bermudas, auf Kuba, in Mexiko Alaska Kanada Grönland – wohl aber findet man amerikanische, von Norwegen, über die Bundesrepublik, Griechenland Türkei und Pakistan bis hin zu den Kurilen! (Aber die ‚absolute Mehrheit‘ des westdeutschen Volkes wollte diese Orientierung nach dem Wilden Westen: so sei es denn: aber klage Keiner dann, später, wenn es wieder ‚passiert‘ ist!).“⁵⁴

Schon in den 50er Jahren war also die Tiefenindoktrination eines ‚benevolenten Imperiums‘ in den Köpfen verankert. Mittlerweise ist sie im öffentlichen Bewußtsein gar nicht mehr als Indoktrination erkennbar und ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die kaum mehr durch Fakten korrigierbar ist. Zeitungleser, die ihr Bild über die politische Realität etwa aus dem SPIEGEL, aus der *Süddeutschen*, aus der FAZ oder der *taz* beziehen, werden beim Blick auf die Weltkarte möglicherweise sagen, dass man darauf doch klar sehen könne, wie aggressiv Russland an die amerikanischen Stützpunkte herangerückt sei.

⁵³ Boris Jelzin, 1991 bis 1999 erster Präsident Russlands, öffnete Russland, mit den bekannten Folgen, einem Raubtierkapitalismus und einer Plünderung durch Oligarchen und westliche Konzerne. Ein solcher „Reformkurs“ entsprach genau den Vorstellungen der USA und der EU von ‚Demokratisierung‘. Jelzins Wiederwahl 1996 wurde daher maßgeblich durch die USA organisiert. Wie der SPIEGEL (15.7.1996) berichtete: „Amerikaner hatten Boris Jelzins Wahlfeldzug organisiert. Erst nach seinem Sieg präsentierte das US-Magazin *Time* alle Details des fremden Eingriffs in Rußlands innere Angelegenheiten.“

⁵⁴ Arno Schmidt (1958). *Deutsches Elend. 13 Erklärungen zur Lage der Nation*. Zürich: Haffmans.

Wenn es – was eine Herzensangelegenheit von Hillary Clinton und weiten Teilen der US-Machteliten sowie der deutschen Leitmedien⁵⁵ zu sein scheint - zu einer finalen Konfrontation zwischen Russland und den USA kommen sollte, wird Europa das atomare Schlachtopfer sein, doch in ihrer Benevolenz sind die USA wohl gerne bereit, dieses Opfer zu erbringen.

NGOs und die säkularen Missionare der westlichen Wertegemeinschaft

Der globale Hegemonieanspruch der USA, wie er in der Doktrin der „*full spectrum dominance*“ zum Ausdruck kommt, wird nicht nur durch *Hard Power*-Techniken gesichert, sondern auch - in überproportional wachsenden Anteilen - durch *Soft Power*-Techniken. Diese Techniken eines Meinungsmanagements, eines Demokratiemanagements und eines Empörungs- und Partizipationsmanagements, in deren Entwicklung und Anwendung in den vergangenen Jahrzehnten gigantische Summen investiert wurden, sind mittlerweile so verfeinert worden, dass sie der Öffentlichkeit kaum mehr als gezielte Manipulationstechniken auffallen.

Einen zunehmend wichtiger werdenden Beitrag bei der Kontrolle der öffentlichen Meinung leisten dabei sog. Nichtregierungsorganisationen (*Non-Governmental Organizations*, NGOs oder *Civil Society Organizations*, CSOs). Eine besondere politische Rolle spielen NGOs, die direkt oder indirekt von Machteliten finanziert und organisiert werden und eigentlich als *fake* NGOs bezeichnet werden müßten.⁵⁶ Sie dienen vor allem dazu, Partizipationsbedürfnisse der Bürger aufzugreifen und in Bahnen zu lenken, die mit den Interessen herrschender Eliten konform gehen. Auf diese Weise können sie beispielsweise zu gewünschten ‚Systemwechseln‘ in anderen Staaten beitragen oder in der eigenen Bevölkerung die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Wurzeln gesellschaftlicher oder sozialer Probleme ablenken und auf geeignete Scheinziele einer Symptombewältigung lenken. Dies gelingt umso besser, je wirksamer die politischen Funktionen derartiger NGOs im Kontext hegemonialer US-Interessen durch zivilgesellschaftliche oder philanthropische Ziele oder andere Formen eines politischen und gesellschaftlichen Samaritertums verdeckt werden. Auch hier haben sich *Soft Power*-Techniken als sehr wirksam erwiesen, da der politischen Rolle von NGOs im öffentlichen Diskussionsraum kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird.⁵⁷ Arundhati Roy warnt daher eindringlich vor einer „NGO-isierung des Widerstands“.⁵⁸

⁵⁵ Die Hemmungslosigkeit, mit der sich die deutschen Leitmedien in den Dienst transatlantischer Eliten gestellt haben, und die ideologische Besessenheit, mit der sie gegen Russland hetzen, haben in den letzten Jahren einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch ist der Antirussismus seit je in den deutschen Leitmedien tiefverwurzelt. Schon 2009 stellte Michail Gorbatschow hinsichtlich der Russland-Berichterstattung im Deutschlandfunk (14.5.2009) fest: „Die deutsche Presse ist die böseste überhaupt.“

http://www.deutschlandfunk.de/michail-gorbatschow-im-jahr-2009-die-deutsche-presse-ist.694.de.html?dram:article_id=67142

⁵⁶ Im Gegensatz zu diesen gibt es natürlich unzählige NGOs, die wichtige Instrumente für eine „Globalisierung von unten“ darstellen. Siehe dazu z.B.:

Altwater, E., & Brunnengräber, A. (2002). NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 52, 6-14.

⁵⁷ siehe hierzu z.B.: Joan Roelofs (2003). *Foundations and Public Policy: The Mask of Pluralism*. Albany, NY: State University of New York Press.

⁵⁸ Arundhati Roy (2003). *Public Power in the Age of Empire*. Seven Stories Press.

Zahlreiche NGOs, wie z.B. die *Open Society Foundations* von George Soros, *Chatham House* oder die *Foreign Policy Initiative*, ein neokonservativer *Think Tank*, die etwa unter dem Mantel der Förderung von ‚Demokratie‘ und ‚Menschenrechten‘ wirtschaftliche und politische Interessen verschiedener Gruppierungen der Machteliten vertreten, sind äußerst finanzstark, haben immensen politischen Einfluß und sind niemandem außer ihren Geldgebern rechenschaftspflichtig. Ein prominentes Beispiel ist die *Bill & Melinda Gates Foundation*, die finanzstärkste Stiftung der Welt - in ihrer Selbstbeschreibung: „ungeduldige Optimisten, die daran arbeiten, Ungerechtigkeit zu verringern“. Jedoch lassen sich häufig hinter solch philanthropischer Rhetorik wieder wirtschaftliche Partikularinteressen ausmachen sowie auch Abhängigkeiten von staatlichen und privatwirtschaftlichen Fördermitteln. Derartige *fake* NGOs sind in besonderer Weise geeignet, um in praktisch unsichtbarer Weise wirtschaftliche Macht in politische Macht zu transformieren. Dadurch können sie – ohne in ihrem politischen Einfluß öffentlich sichtbar und rechenschaftspflichtig zu sein - einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Status quo der Machteliten leisten und eine Art globales ideologisches Sicherheitsnetz für die jeweiligen Machteliten bilden.



Russland ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und den Bemühungen der USA, einen geeigneten ‚Systemwechsel‘ in Russland herbeizuführen, ein bevorzugtes Operationsfeld für US-geförderte NGOs. Mit dem *“Russian Democracy Act of 2002”* intervenierten die USA ganz offiziell in innere Angelegenheiten Russlands und förderten 65.000 NGOs in Russland.⁵⁹ Bis dahin hatten sie bereits – vor allem über die *„Agency for International Development“* (USAID) - mehr als 20 Milliarden Dollar in eine Förderung der ‚freien Marktwirtschaft‘ in Russland gesteckt. Diese Interventionen waren natürlich wieder von einem selbstlosen Wohlwollen getragen und dienten der Förderung von ‚Demokratie, Good Governance und Anti-Korruption-Programmen in der Russischen Föderation, um die demokratische Regierung und die Zivilgesellschaft und unabhängige

⁵⁹ Diese Soft Power-Techniken zur Herbeiführung eines „system change“ in Russland stehen in Kontinuität zu den während des Kalten Krieges entwickelten Techniken einer „Western cultural infiltration“ (Hixson) der Sowjetunion. Siehe:

Walter L. Hixson (1998). *Parting the Curtain: Propaganda, Culture, and the Cold War*. New York: Palgrave.

Lowell H. Schwartz (2009). *Political Warfare against the Kremlin. US and British Propaganda Policy at the Beginning of the Cold War*. New York: Palgrave.

Medien in diesem Land zu fördern und zu stärken.“⁶⁰ Wobei zu ergänzen ist, dass mit ‚Demokratie‘ ‚amerikanische Demokratie‘ gemeint ist, also eine Form der Demokratie, die durch regelmäßige Wahlen gekennzeichnet ist und in der ansonsten die wirtschaftlichen und politischen Interessen von US-Machteliten nicht beeinträchtigt werden.⁶¹ Wie stets reichen auch hier einfache Symmetrie-betrachtungen aus, um den ideologischen Gehalt solcher Demokratierhetorik zu entlarven: Man stelle sich die Reaktion der USA vor, wenn Russland in einem vergleichbaren Umfang NGOs in den USA unterstützen würde, die sich der Förderung von „Demokratie, Good Governance und Anti-Korruption-Programmen“ in den USA widmen.

Die Vorstellung, die USA seien ein ‚benevolentes Imperium‘ und Ausdruck dieser Benevolenz sei die weltweite Förderung der ‚amerikanischen Demokratie‘ gehört zu den wohl erfolgreichsten Tiefenindoktrinationen der Geschichte. Sie wird praktisch stillschweigend und als eine Art Selbstverständlichkeit bei der Interpretation außenpolitischer Aktivitäten der USA zugrunde gelegt und ist damit als Ideologie nicht einmal mehr erkennbar.

‚Repräsentative Demokratie‘ als Mittel zur Verhinderung von Demokratie

Ein weiteres Beispiel einer sehr erfolgreichen, also nahezu unsichtbaren Tiefenindoktrination ist die Überzeugung, dass die Regierungsform einer ‚repräsentativen Demokratie‘⁶² die beste oder zumindest einzig realisierbare Verkörperung der demokratischen Leitidee sei. Diese Art der Tiefenindoktrination steht in unmittelbarer Beziehung zu der oben genannten Ideologie einer ‚amerikanischen Demokratie‘. In der Folge dieser Tiefenindoktrination sind Demokratiekonzeptionen, die sich grundlegend von den gegenwärtig vorherrschenden Formen repräsentativer Demokratie unterscheiden im öffentlichen Diskussionsraum praktisch unsichtbar gemacht worden. Zwar werden in der politischen Rhetorik die gegenwärtigen Formen repräsentativer Demokratie in einen historischen Zusammenhang mit dem ursprünglichen Leitgedanken von Demokratie gesetzt, wie er im Athen der Antike umgesetzt worden war. Tatsächlich jedoch haben sie damit wenig gemein. Die Athenische Form der Demokratie war eine partizipatorische Demokratie, sie war, so Moses Finley, „im ganz buchstäblichen Sinn eine ‚Regierung durch das Volk‘“.⁶³

⁶⁰ „to expand democracy, good governance, and anti-corruption programs in the Russian Federation in order to promote and strengthen democratic government and civil society and independent media in that country.”

<https://www.congress.gov/bill/107th-congress/house-bill/2121/text/enr>

⁶¹ Diese Form der ‚Demokratieförderung‘ durch die USA in Form massiver Beeinflussung von Wahlen beschränkte und beschränkt sich nicht nur auf ‚gegnerische‘ Staaten, wie Russland. Die USA mischten und mischen sich in verdeckten Operationen auch massiv in die Wahlen ‚befreundeter‘ Länder ein. Besonders in Griechenland, Italien, Frankreich und Deutschland wurde in der Nachkriegszeit immer wieder dafür gesorgt, dass die Wahlergebnisse die Anforderungen einer ‚amerikanischen Demokratie‘ erfüllten. Siehe hierzu z.B. Noam Chomsky (1992). *Deterring Democracy*. London: Vintage.

⁶² Zum allgemeinen ideengeschichtlichen Hintergrund von Demokratiekonzeptionen siehe z.B. Richard Saage (2005). *Demokratiethorien. Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen: Eine Einführung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

⁶³ zur Idee und Praxis der Demokratie im Griechenland der Antike siehe z.B.: Wilfried Nippel (2008). *Antike oder moderne Freiheit? Die Begründung der Demokratie in Athen und in der Neuzeit*. Frankfurt: Fischer.
Moses Finley (1973). *Antike und moderne Demokratie*. Stuttgart: Reclam.

Eine solche Form von Volksherrschaft galt es jedoch, darin waren und sind sich die Eliten von der Antike bis heute einig, unbedingt zu vermeiden. Noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ‚Demokratie‘ - und damit war die partizipatorische Demokratie der Antike gemeint - als Pöbelherrschaft diffamiert.⁶⁴ Auch die Gründerväter der USA teilten überwiegend diese tiefe Abneigung gegen das Volk und gegen alles, was demokratisch war. Sie wollten eine Republik und keine Demokratie, wobei sie den wesentlichen Unterschied zwischen Demokratie und Republik darin sahen, dass in einer Republik die Ausübung der politischen Macht auf eine kleine Anzahl Bürger übertragen wird, die von den übrigen Bürgern gewählt werden. Zwar ging es den Gründervätern der USA zum Teil tatsächlich darum, eine durch regelmäßige und freie Wahlen legitimierte Regierungsform zu schaffen, die, in Abraham Lincolns Worten, ein „government of the people, by the people, for the people“ sei. Durch ihr tiefes Mißtrauen dem Volk gegenüber wollten sie jedoch den Einfluß des Volkes auf die gesetzgebende Gewalt in geeigneter Weise eng begrenzen, damit nicht in einer ‚Mehrheitsdemokratie‘ der Status der Eliten und die damit verbundenen individuellen Freiheiten und insbesondere die Eigentumsordnung gefährdet würden.⁶⁵ Zu diesem Zweck schufen sie ein neuartiges System der Repräsentation (und auch der Gewaltenteilung), für das Alexander Hamilton 1777 erstmals den Ausdruck „*representative democracy*“ einführte. Mit dem Prinzip der parlamentarischen Repräsentation sollte für die gesellschaftliche Machtausübung ein Mechanismus der Willenszusammenführung geschaffen werden, der zwei Ziele vereinigt. Zum einen sollte damit das Bedürfnis des Volkes nach einer Volksherrschaft befriedigt werden. Zugleich wurde ein solcher Repräsentationsmechanismus, der US-amerikanischen Sozialhistorikerin Ellen Meiksins Wood zufolge, „als ein Mittel verstanden, um das Volk von der Politik *fernzuhalten*“ und „eine besitzende Oligarchie mit der Unterstützung der Masse der Bevölkerung über Wahlen an der Macht zu halten“. Dazu bedurfte es einer „Neudefinition von Demokratie“, die die Mehrdeutigkeiten eines oligarchischen Ansatzes verschleierte.⁶⁶ Die Idee der „repräsentativen Demokratie“ diente also von Anfang an der Demokratieabwehr.⁶⁷

Die Verfassung der USA wurde zum historischen Modell einer Elitentheorie der Demokratie. Deren bis heute einflußreichste Form geht auf Joseph A. Schumpeter (1883 – 1950) zurück, einen der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Schumpeter zufolge müsse sich eine ‚funktionierende‘ Demokratie auf eine Konkurrenzwahl von Funktionseliten beschränken. Gegen eine solche Konzeption von Herrschaft wurde jedoch von einem breiten Spektrum von Demokratietheoretikern, Verfassungsrechtlern und politischen Philosophen eingewandt, dass allein die Gewährleistung einer

⁶⁴ siehe hierzu z.B. Jennifer T. Roberts (1994). *Athens on Trial*. Princeton University Press.

⁶⁵ siehe hierzu:

Jennifer Nedelsky (1990). *The Madison Framework. Private Property and the Limits of American Constitutionalism*. University of Chicago Press.

Helmut Rittstiege (1975). *Eigentum als Verfassungsproblem*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

⁶⁶ Ellen Meiksins Wood (2010). *Demokratie contra Kapitalismus*. Neuer ISP Verlag.

⁶⁷ Hanna Fenichel Pitkin, die wohl bedeutendste Repräsentationstheoretikerin, schreibt: “Representation, at least as a political idea and practice, emerged only in the early modern period and had nothing at all to do with democracy.” Hanna F. Pitkin (2004), Representation and Democracy: Uneasy Alliance. *Scandinavian Political Studies*, 27, 335–342.

Prozedur der ‚Wahl‘ keine hinreichende Legitimation von Macht und Herrschaft darstellen könne.⁶⁸

Der große Holzschneider, politische Künstler und Erschaffer der modernen Piktogramme Gerd Arntz (1900 -1988) hat 1932 mit seinem Holzschnitt „Wahldrehscheibe“ das Problem einer Herrschaftsform, in der sich der demokratische Anteil auf eine Konkurrenzwahl von Funktionseleiten beschränkt, sinnbildlich dargestellt.

Die Idee einer Legitimierung von Herrschaft durch eine Konkurrenzwahl von Mitgliedern aus hochgradig vorselektierten Elitengruppen läßt sich mit der Leitidee von ‚Demokratie‘ nicht in Einklang bringen. Die Leitidee von ‚Demokratie‘ zielt auf ‚Volksouveränität‘. Diese bedeutet das Recht des Volkes, sich jederzeit eine Verfassung nach seinen eigenen Vorstellungen zu geben, sowie eine Unterwerfung der Staatsapparate unter das demokratische Gesetz. Zudem bedeutet es die Ermöglichung einer angemessenen Teilhabe, also Partizipation, der Bürger am Gemeinwesen.

Zentrales Element einer solchen Teilhabe ist eine demokratische Konsensermittlung über alle für das Gemeinwesen relevanten Fragen. Wahlen oder auch ein Losverfahren können dabei brauchbare Instrumente sein. Reduziert man jedoch eine demokratische Teilhabe im wesentlichen auf Wahlen, so widerspricht dies der Leitidee von Demokratie, wie sie in der Zeit der Aufklärung gewonnen wurde.

Wahlen sind also nur ein vergleichsweise nebensächlicher Aspekt der demokratischen Willensbildung. Von den jeweiligen Machteliten werden sie jedoch gerne - unter Vernachlässigung und Mißachtung entscheidender Kernelemente der demokratischen Leitidee – in den Vordergrund gestellt, weil sie besonders geeignet sind, im Volk eine Illusion von Demokratie und von Volkssouveränität zu erzeugen. Mit einer solchen Illusion läßt sich der natürliche Widerstand gegen eine gesellschaftliche Fremdbestimmung lahmlegen. In oligarchischen Strukturen, wie sie auch eine Elitendemokratie verkörpert, sind also Wahlen *nicht* Ausdruck einer Volkssouveränität. Vielmehr sind sie ein Instrument der Herrschaftssicherung, das besonders geeignet ist, Veränderungsbedürfnisse zu neutralisieren und in eine gewünschte Richtung zu lenken. Machteliten machen daher, trotz ihres grundsätzlichen Mißtrauens dem Volk gegenüber, gerne von Wahlen Gebrauch, um die mit ihnen verbundene gesellschaftliche Befriedungsfunktion zu nutzen. Dies gilt selbst für autokratische



⁶⁸ siehe z.B.:

Hannah Arendt (1963). *Über die Revolution*. München: Piper.

Bernard Manin (2007). *Kritik der repräsentativen Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.

Ingeborg Maus (2011). *Über Volkssouveränität – Elemente einer Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.

und autoritäre Herrschaftsformen. Benito Mussolini hat eine entsprechende Haltung zu Wahlen besonders unverblümt zum Ausdruck gebracht (4. Oktober 1922): „Alle können wählen, bis zur Langeweile, bis zur Verblödung.“⁶⁹

Zu einer Elitendemokratie, wie sie sich in den gegenwärtigen Formen einer repräsentativen Demokratie ausdrückt, gibt es eine Vielzahl von sorgfältig ausgearbeiteten Alternativen, die der Leitidee von Demokratie sehr viel näher kommen. Sie werden - häufig unter Stichworten wie ‚partizipatorische Demokratie‘, ‚Radikaldemokratie‘, ‚Rätedemokratie‘ u.a. –

repräsentative Demokratie Elitendemokratie	partizipatorische Demokratie
Staat bestimmt durch Gesellschaft/Markt	Staat bestimmt durch Zivilgesellschaft
Selbstbestimmung von Individuen	Selbstbestimmung von politischen Gemeinschaften
Politik als Sicherung von Grundrechten und Privatinteressen	solidarische Politik zur Sicherung des Gemeininteresses
negative Rechte	positive Rechte
Kampf um Macht, Wahlen wie Marktentscheidungen	Wahlen als Resultat öffentlicher Diskurse
Regierung durch Eliten für das Volk	Regierung durch das Volk

Beispiele für nicht-repräsentative Demokratiekonzeptionen:

Rätedemokratie (z.B. Anton Pannekoek)
partizipatorische Demokratie (z.B. Peter Bachrach, Tom Bottomore, Carole Pateman)
deliberative Demokratie (z.B. James S. Fishkin, Jürgen Habermas)
„inklusive Demokratie“ (Takis Fotopoulos)
 ...

in der entsprechenden Literatur seit je intensiv diskutiert. Interessanterweise sind sie jedoch in der öffentlichen Diskussion praktisch nicht präsent und gleichsam unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit von ernsthaft demokratischen Alternativen ist selbst wiederum Folge einer jahrzehntelangen Indoktrination, in der die gegenwärtige Form einer ‚repräsentativen Demokratie‘ nicht nur als *beste* Form von Demokratie vermittelt wird, sondern auch als alternativlos, da sie die *einzig praktikable* Realisierung der Leitidee von Demokratie sei.⁷⁰

⁶⁹ „Ma voti! Votiamo tutti fino alla noia e fino alla imbecillità!“
 zitiert nach: Angelo Tasca (1938). *La naissance du fascisme: l'Italie de 1918 à 1922*. Paris: Gallimard.
 dtsh: (1986). *Glauben, gehorchen, kämpfen: Aufstieg des Faschismus in Italien*. Wien: Promedia.

⁷⁰ Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Leitidee von Demokratie führt zwangsläufig auf sehr schwierige und tiefgehende Fragen, wie sie im Bereich der Demokratietheorie diskutiert werden. Hierzu gibt es eine reiche Spezialliteratur. Die darin gewonnenen Einsichten bedürfen jedoch geeigneter intellektueller Vermittler, damit sie im öffentlichen Diskussionsraum verfügbar und somit gesellschaftlich wirksam werden können. Hier nur drei Beispiele für Bücher, die, mit unterschiedlichen Anliegen, eine solche Vermittlung leisten:
 Daniela Dahn, renommierte Essayistin und 1989 Mitbegründerin der DDR-Opportionsgruppe *Demokratischer Aufbruch* verteidigt in ihrer glänzend und engagiert geschriebenen Streitschrift von 2013 *Wir sind der Staat. Warum Volk sein nicht genügt*. Hamburg: Rowohlt, eine radikale Konzeption von Demokratie; in der Tradition der großen Volksaufklärer des 18. Jahrhunderts legt sie Kernprobleme der Demokratietheorie in klarer und verständlicher Weise dar und setzt sie zu unserer politisch-gesellschaftlichen Gegenwart in Beziehung.
 Das Buch der prominenten marxistischen Sozialhistorikerin Ellen Meiksins Wood (2010) *Demokratie contra Kapitalismus*, Neuer ISP Verlag, zeichnet im Kontext einer umfassenden Kapitalismuskritik die konzeptionellen Wandlungen des Demokratieverständnisses von der Antike zur Moderne nach.
 Sheldon Wolin, einer der bedeutendsten Demokratietheoretiker und politischen Philosophen der Gegenwart, gibt in seinem Buch von 2004 *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought*, Princeton University Press, einen engagiert geschriebenen Überblick über die große geistige Landkarte der Entwicklung von Demokratiekonzeptionen.

Auch Alternativkonzeptionen, die der Leitidee von Demokratie näher kommen, sind durchaus auf Formen einer Repräsentation und auf Funktionseliten angewiesen. Vorrangig vor solchen prozeduralen Fragen sind jedoch die substantiellen Fragen der Partizipation, der Unterordnung der Staatsapparate unter das demokratische Gesetz sowie Fragen der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflichtigkeit der gewählten Repräsentanten dem Volk gegenüber.

Durch die Indoktrination einer Alternativlosigkeit von ‚repräsentativer Demokratie‘ haben wir im gesellschaftlichen Gedächtnis die eigentlichen geschichtlichen Triebfedern dieser Form der Elitenherrschaft vergessen und sind gar nicht mehr in der Lage zu erkennen, dass die Idee einer ‚repräsentativen Demokratie‘ gerade zur Abwehr von wirklicher Demokratie entstanden ist.⁷¹

Um eine Kritik an dieser Form einer Elitenherrschaft in demokratischem Gewande zu blockieren, bedienen sich die Macht- und Funktionseliten wieder gerne einer geeigneten Strategie der Verklammerung mit Denkbereichen, die gesellschaftlich geächtet sind. Dazu eignet sich in diesem Fall besonders ein völkischer und rassistischer Nationalismus. Im Denken der völkischen Rechten wird ‚Volk‘ nicht als ‚Demos‘ bestimmt - also als prinzipiell heterogenes Volk sehr verschiedener Staatsbürger -, sondern als ‚Ethnos‘, also als eine ethnisch und kulturell homogene Gemeinschaft. Nur wenn ein solcher (fiktiver) ‚Volkskörper‘ homogen genug sei, könne dessen (fiktiver) Gemeinwille durch geeignete Eliten zum Ausdruck gebracht und damit politisch wirksam werden. Folglich könne das Volk und sein Gemeinwille durch einen autoritären Führer ebensogut repräsentiert werden wie durch ein Parlament, so dass in diesem Sinne ‚Demokratie‘ nicht im Gegensatz zur Diktatur stehe. Es ist leicht erkennbar, dass es der völkischen Rechten und dem Rechtspopulismus gerade nicht um die Umsetzung der demokratischen Leitidee geht, sondern um die Abschaffung einer Demokratie im Sinne der Aufklärung. Die aus einer solchen Haltung erfolgende Kritik des Rechtspopulismus an der ‚repräsentativen Demokratie‘ wird von den Eliten in einer Verklammerungsstrategie genutzt, um eine Kritik an ‚repräsentativer Demokratie‘ grundsätzlich zu einem gedanklichen Sperrgebiet zu machen.

Die ‚repräsentative Demokratie‘ muß also für die Machteliten unschätzbare Vorteile bieten, wenn sie sie durch eine intensive Indoktrination als alternativlos darzustellen suchen und zugleich eine Kritik an ihr zu blockieren suchen. Die ‚repräsentative Demokratie‘ war schon ihrem Ursprung nach als Elitenherrschaft gedacht. Gerechtfertigt wurde eine solche Elitenherrschaft mit dem ideologischen Postulat, dass - Hamilton und Madison 1788 zufolge - die durch Wahl bestimmten Repräsentanten „genügend Weisheit besitzen, um das gemeinsame Wohl für die Gesellschaft zu erkennen, und genügend Tugend, um es zu verfolgen“. Die Realität sieht, wenig überraschend, anders aus:

⁷¹ „Wir haben uns an die Formel der ‚repräsentativen Demokratie‘ so gewöhnt, dass wir zumeist vergessen, dass diese US-amerikanische Idee ein Novum war. In ihrer föderalistischen Ausformung bedeutete sie jedenfalls, dass das, was bis dahin als *Antithese* zur demokratischen Selbstbestimmung begriffen wurde, nun nicht nur vereinbar mit, sondern konstituierend für die Demokratie war: nicht die Ausübung der politischen Macht, sondern der *Verzicht* auf sie, ihre *Übertragung* auf andere, d. h. die *Entfremdung* von ihr.“ (S. 219)

Ellen Meiksins Wood (2010). *Demokratie contra Kapitalismus*. Neuer ISP Verlag.

Das Volk, so Ingeborg Maus, wird „realiter von den bloß Ermächtigten übermächtig“. ⁷² Die eigentlichen Zentren der Macht sind und bleiben für das Volk unsichtbar. ⁷³

Im Feudalismus hingegen war das Ziel eines Veränderungswillens noch klar erkennbar. Damit hatte auch das politische Handeln ein Ziel, und die sozialen Spannungen konnten sich, oftmals sehr blutig, in Revolutionen entladen. Solange jedoch die eigentlichen Zentren der Macht unsichtbar sind, können sich politische Veränderungsbedürfnisse des Volkes nur auf Ablenkziele richten und müssen somit politisch ins Leere gehen. ⁷⁴ Die ‚repräsentative Demokratie‘ hat für die eigentlichen Zentren politischer Macht



den Vorteil, dass die gesamte Veränderungsenergie des Volkes in der Wahl anderer Repräsentanten aus einem vorgegeben Spektrum erschöpft wird. Damit fehlen innerhalb der gegenwärtigen Formen ‚repräsentativer Demokratie‘ Mechanismen, durch die ein Veränderungswille politisch wirksam werden kann. Genau dadurch stellt die ‚repräsentative Demokratie‘ für die Machteliten eine nahezu perfekte Herrschaftsform dar; sie ist eine Form der Oligarchie, die jedoch dem Volk als Demokratie erscheint.

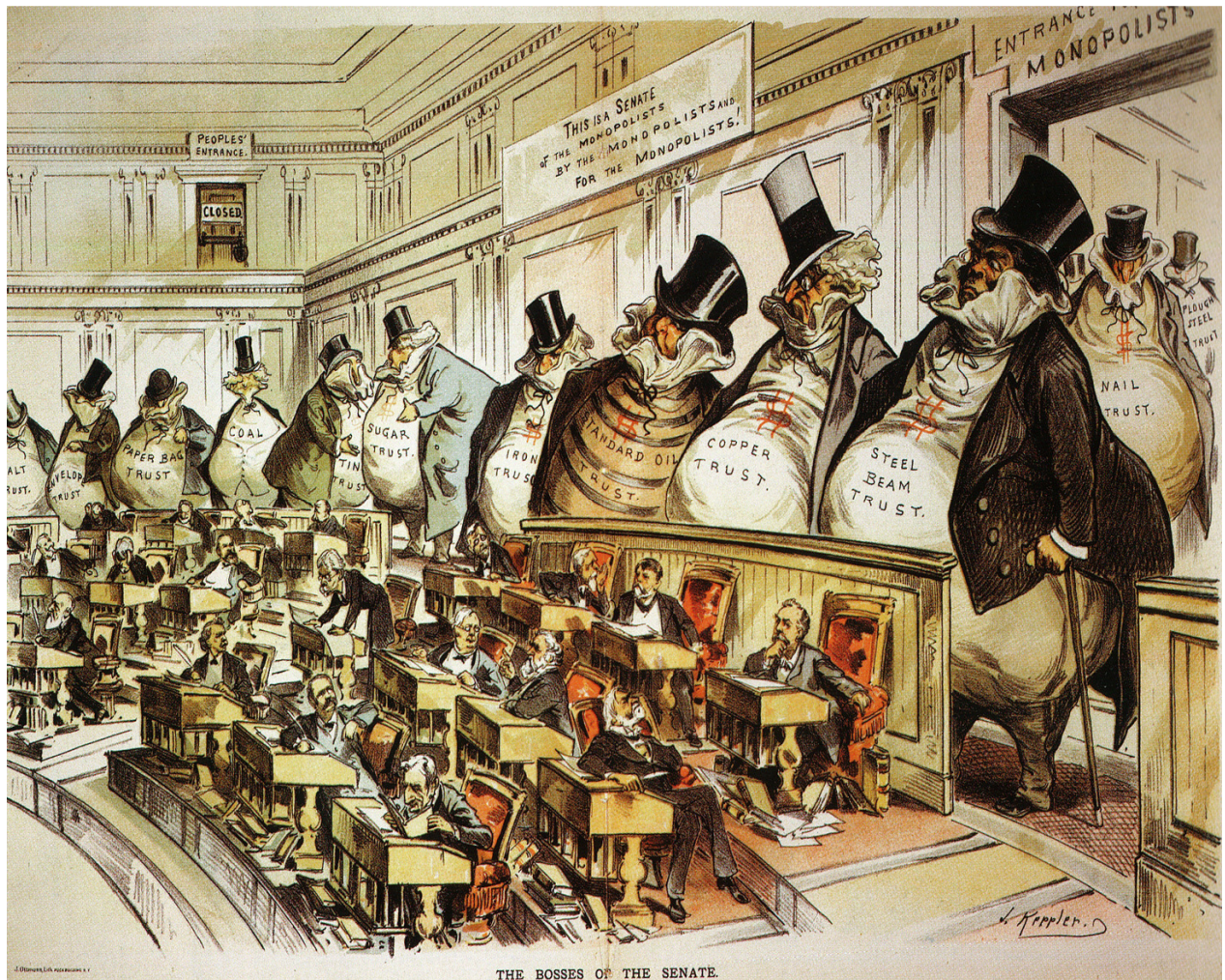
In der Herdenmetapher bedeutet dies, dass die ‚repräsentative Demokratie‘ die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Hirten lenkt und die Herdenbesitzer gleichsam unsichtbar macht; die Veränderungsenergie des Volkes bleibt dann darauf beschränkt, andere Hirten aus dem Personal des Herdenbesitzers zu wählen. ⁷⁵ Dieses Problem wurde früh erkannt. Der US-Cartoonist Joseph Keppler hat es 1889 in seiner Karikatur „*The Bosses of the Senat*“ bildlich verdichtet dargestellt.

⁷² Dies wird u.a. darin erkennbar, dass die Entscheidungen der vom Volk durch Wahlen Ermächtigten im wesentlichen durch die Präferenzen der oberen 1% der Einkommensverteilung bestimmt sind, während die Präferenzen der unteren 50% praktisch keinen Einfluß auf gesellschaftlich relevante politische Entscheidungen haben, wie für die USA in einer empirischen Studie aufgezeigt wurde: Gilens, M. & Page, B.I. (2014) Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. *Perspectives on Politics* 12, 564-581.

⁷³ Max Weber drückte schon 1919 seine Sorge aus, dass das Verhältniswahlrecht mit seinen Listenwahlen das Parlament zu einer Körperschaft machen werde, innerhalb derer solche Persönlichkeiten den Ton angeben, die „unter einem ‚imperativen‘ Mandat von ökonomischen Interessenten handeln“. Max Weber (1988). *Gesammelte politische Schriften*. Tübingen: Mohr. (S. 502)

⁷⁴ Die dadurch erzeugten Gefühle einer tiefgehenden politischen Ohnmacht können in den Wählern eine erhöhte Bereitschaft zu einer Identifikation mit dem als Retter phantasierten ‚Starken‘ entstehen lassen; hierzu bieten sich insbesondere charismatische ‚Hoffnungsträger‘ und autoritäre, meist nationalistisch gesinnte Führergestalten an.

⁷⁵ Unter diesen Bedingungen kann - in den Worten von Karl Marx - die Wahl nur darüber entscheiden, „welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll.“



Joseph Keppler, 1889 *"The Bosses of the Senate"*, Library of Congress, FSA/OWI Collection LC-USZC4-494

Es ist selbst als ein Erfolg jahrzehntelanger Indoktrination anzusehen, wenn wir den Eindruck haben sollten, diese Karikatur sei eine groteske Überzeichnung des Repräsentationsproblems. Überspitzt ist sie nur in den künstlerischen Mitteln; in der Sache stellt sie die wirklichen Machtverhältnisse der damaligen Zeit recht zutreffend dar. Seitdem haben sich die Verhältnisse noch einmal massiv zugunsten oligarchischer und plutokratischer Strukturen verschoben. Zudem wurde von den Macht- und Funktionseliten das Unsichtbarmachen der tatsächlichen Zentren politischer Macht - unter intensiver Erforschung nutzbarer ‚Schwachstellen‘ des menschlichen Geistes – in zunehmend systematischer Weise perfektioniert.

Neoliberalismus und die Schaffung eines Systems der organisierten Verantwortungslosigkeit

Diese Entwicklungen des Unsichtbarmachens der tatsächlichen Zentren politischer Macht haben im Gefolge des Neoliberalismus, als einer Extremform des Kapitalismus, einen weiteren Höhepunkt erreicht. Zum einen hat der Neoliberalismus eine Ideologie geschaffen, welche die bewußten Entscheidungen der Eliten als bloße Konsequenzen rationaler Naturgesetzmäßigkeiten eines (fiktiven) ‚freien Marktes‘ deklariert und sie damit jeder Verantwortlichkeit entzieht. Zum anderen wurden im Gefolge des Neoliberalismus neue Arten politischer Akteure geschaffen: nämlich Großkonzerne als wirkmächtigste politische Akteure. Diese wurden im Zuge einer vorgeblich gleichsam naturgesetz-

lichen Entwicklung, der sog. ‚Globalisierung‘, mit Rechten ausgestattet, die sie vollkommen einer demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht⁷⁶ entziehen und sie zu den ‚perfektesten‘ totalitären Strukturen machen, die je in der Kulturentwicklung geschaffen wurden.

Dieser Prozeß stellt im Effekt nichts anderes dar als eine systematische Verrechtlichung der organisierten Kriminalität der besitzenden Klasse. In seinem Rahmen wurden und werden systematisch Mechanismen geschaffen, durch die sich ökonomische Macht in politische Macht transformieren lässt (und umgekehrt politische Macht wieder in ökonomische).⁷⁷ Auf diese Weise ist es zu einer gigantischen Machtverschiebung von Regierungen zu Großkonzernen gekommen, so dass die tatsächlichen Zentren der Macht nun noch viel schwerer erkennbar sind als je zuvor.⁷⁸

⁷⁶ Ingeborg Maus spricht allgemein von einer „Refeudalisierung des gesamten Rechtssystems“.

In der Umweltpolitik beispielsweise werden Umweltkonflikte der politischen Sphäre entzogen und auf die Gerichte verlagert; damit wird „die Aufmerksamkeit der protestierenden Bevölkerung auf diesen Nebenschauplatz“ der Justiz abgelenkt, der jedoch grundsätzlich politisch machtlos ist, eine grundlegende Richtungsänderung der gegenwärtigen Entwicklung einzuleiten. Im Rahmen dieser Verlagerung gesellschaftlicher Fragen aus der politischen Sphäre in den Bereich juristischen Entscheidens errichtet „die lediglich gerichtsförmige Einzelfallbearbeitung von Umweltschädigungen für die millionenfachen Täter wahrhaft feudale Privilegien, die den Universalismus des modernen Rechts ganz grundsätzlich außer Kraft setzen.“

Ingeborg Maus (1991). Sinn und Bedeutung von Volkssouveränität in der modernen Gesellschaft. *Kritische Justiz*, 24, 137 – 150.

Für ein prominentes Beispiel einer „gerichtsförmigen Einzelfallbearbeitung von Umweltschädigungen“ siehe den *Kiobel vs. Shell*-Fall vor dem US-amerikanischen Supreme Court:

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/rechtsstreit-kiobel-versus-shell-verpasste-chance-zur-staerkung-zivilgerichtlicher-hilfe-bei-schw/>

Anna Grear & Burns H. Weston (2015). The Betrayal of Human Rights and the Urgency of Universal Corporate Accountability: Reflections on a Post-Kiobel Landscape. *Human Rights Law Review*, 15, 21–44.

⁷⁷ Die für diese Entwicklungen notwendige Formung des öffentlichen Bewußtseins bedurfte jahrzehntelanger umfassender Tiefenindoktrinationen durch Medien, „corporate propaganda“, Schulen und Universitäten. Siehe hierzu: Elizabeth A. Fones-Wolf (1994). *Selling Free Enterprise. The Business Assault on Labor and Liberalism 1945-1960*. University of Illinois Press.

Alex Carey (1997). *Taking the Risk out of Democracy*. University of Illinois Press.

⁷⁸ Dem einflußreichen Ökonomen Jeffrey D. Sachs, Direktor des UN *Sustainable Development Solutions Network*, zufolge werden die Entscheidungen des politischen Apparates der USA durch nur vier Wirtschaftslobbies dominiert: “the military-industrial complex, the Wall Street-Washington complex, the Big Oil-transport-military complex, and the health care industry”.

Jeffrey D. Sachs (2011). *The Price of Civilization: Reawakening American Virtue and Prosperity*. New York: Random House.

Für weitere empirische Analysen und Befunde zu den eigentlichen Zentren der Macht in den USA siehe z.B.:

G. William Domhoff (1990). *The power elite and the state: How policy is made in America*. Hawthorne, NY: Aldine de Gruyter.

G. William Domhoff (2013). *The myth of liberal ascendancy: Corporate dominance from the Great Depression to the Great Recession*. Boulder: Paradigm Publishers.

G. William Domhoff (2014). *Who rules America? The triumph of the corporate rich*. New York: McGraw-Hill.

Mike Lofgren (2016). *The Deep State: The Fall of the Constitution and the Rise of a Shadow Government*. New York: Penguin.

<http://www.alternet.org/news-amp-politics/dc-insider-theres-shadow-govt-running-country-and-its-not-re-election>

Das ist gerade der Kern der neoliberalen Revolution ‚von oben‘⁷⁹ - einer Revolution, die sich nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft beschränkt, sondern die das gesamte gesellschaftliche Leben umfaßt und auf die Schaffung eines neuen Menschen, eines auf eine Konsumentenrolle reduzierten Menschen zielt, der seine freiwillige Knechtsschaft als höchstes Glück ansieht.

Neoliberalismus als totalitäre Ideologie

Im Neoliberalismus lassen sich leicht typische Merkmale von Totalitarismus identifizieren, also Merkmale autoritärer Formen von Herrschaft, die alle sozialen Lebensverhältnisse durchdringen.

Als Prototyp des Totalitarismus läßt sich der Faschismus ansehen. Obwohl sowohl Faschismus wie Neoliberalismus einen totalitären Charakter aufweisen, unterscheiden sie sich wesentlich in Zielsetzung und Charakter – beispielsweise ist der Neoliberalismus auf ‚Globalisierung‘ angewiesen, der Faschismus auf einen nationalen Rahmen. Gleichwohl lassen sich strukturell einige Gemeinsamkeiten identifizieren.

Eine vergleichende Betrachtung kann auch dazu beitragen, besser zu verstehen, warum sich gerade Vertreter des Neoliberalismus bisweilen von den Möglichkeiten totalitärer Herrschaftsformen fasziniert zeigen.⁸⁰

⁷⁹ Das in den vergangenen fünf Jahrzehnten durchgeführte neoliberale Projekte zielte von Beginn an auf eine radikale Umverteilung und resultierte in der – nach dem europäischen Kolonialismus – größten Umverteilung der Geschichte, einer Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord und von der öffentlichen in die private Hand. Zur privaten Vermögensverteilung stellvertretend nur zwei Beispiele: Die reichsten 10% der Haushalte im Euroraum besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Und die 8 reichsten Personen der Welt - Bill Gates, Amancio Ortega, Warren Buffett, Carlos Slim Helu, Jeff Bezos, Mark Zuckerberg, Larry Ellison, Michael Bloomberg - verfügen über ein größeres Vermögen als die in der Vermögensverteilung unteren 50% der Weltbevölkerung.
<http://www.bbc.co.uk/news/business-38613488>

⁸⁰ Am deutlichsten hat dies Ludwig von Mises zum Ausdruck gebracht: „Es kann nicht gelehrt werden, dass der Faschismus voll von besten Absichten war, das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben.“ Ludwig Mises (1927). *Liberalismus*. Jena: Fischer.
Friedrich von Hayek sprach sich zwar deutlich gegen eine Diktatur als dauerhafte Staatsform aus, brachte jedoch 1981 zum Ausdruck, dass in „Übergangsphasen“ – dabei bezog er sich insbesondere auf die Pinochet-Diktatur in Chile – eine Diktatur notwendig sein könne und dass er eine neoliberale Diktatur einer nicht-neoliberalen Demokratie vorzöge.
Für Diskussionen und Hintergrundinformationen siehe z.B.:
Meadowcroft, J., & Ruger, W. (2014). Hayek, Friedman, and Buchanan: On Public Life, Chile, and the Relationship between Liberty and Democracy. *Review of Political Economy*, 26, 358-367.
Farrant, A. & McPhail, E. (2014). Can a dictator turn a constitution into a can-opener? F.A. Hayek and the alchemy of transitional dictatorship in Chile. *Review of Political Economy*, 26, 331-48.

Merkmale Neoliberalismus

Historischer Ursprung:

Haß auf „1789“ - ‚Sozialismus‘ und ‚egalitäre Demokratie‘
verkörpert durch Gewerkschaften, Sozialstaat,...

ideologische Basis I:

Sozialdarwinismus

Verglorifizierung des Starken - Verachtung des Schwachen

angestrebte gesellschaftliche Organisationsform:

extrem hierarchische Elitenoligarchie

→ Verachtung für ‚Volk‘, zutiefst anti-demokratisch

ideologische Basis II:

Mythos „freier Markt“

Rolle des Individuums:

- hat sich dem „Markt“ vollständig unterzuordnen
„Du bist nichts, der Markt ist alles.“
- zielt nicht nur auf Teilaspekte der Organisation einer Gesellschaft,
sondern auf *totalitäre Formung* von Personen

Merkmale Faschismus

Historischer Ursprung:

Haß auf „1789“ - ‚Sozialismus‘ und ‚egalitäre Demokratie‘
verkörpert durch Gewerkschaften, Sozialstaat,...

ideologische Basis I:

Sozialdarwinismus

Verglorifizierung des Starken - Verachtung des Schwachen

angestrebte gesellschaftliche Organisationsform:

extrem hierarchische Elitenoligarchie

→ Verachtung für ‚Volk‘, zutiefst anti-demokratisch

ideologische Basis II:

Mythos „Nation/Rasse“, „ethnisch reiner Volkskörper“

Rolle des Individuums:

- hat sich der Nation vollständig unterzuordnen
„Du bist nichts, dein Volk ist alles.“
- zielt nicht nur auf Teilaspekte der Organisation einer Gesellschaft,
sondern auf *totalitäre Formung* von Personen

Beide, Neoliberalismus und Faschismus, verbindet ein Haß auf „1789“, also auf die sozialen und politischen Errungenschaften der Aufklärung. 1789 wurden durch die französische Nationalversammlung die Bürger- und Menschenrechte verabschiedet. Aus der Perspektive des Neoliberalismus und des Faschismus steht das Jahr 1789 für Sozialstaat und egalitäre Demokratie.

Beide verbindet ein Sozialdarwinismus mit seiner Verglorifizierung der Starken und seiner Verachtung der sozial Schwachen. Beide sind elitär und teilen eine Verachtung des Volkes. Beide verlangen eine Anpassung und vollständige Unterordnung unter eine Fiktion, den ‚freien Markt‘ auf der einen Seite, das ethnisch homogene ‚Volk‘ auf der anderen Seite.

1789 und die Errungenschaften der Aufklärung

Worum handelte es sich bei den durch „1789“ symbolisierten Positionen, die zwei so unterschiedliche totalitäre Systeme wie Neoliberalismus und Faschismus zu ihrem Hauptgegner gemacht haben?

Die *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*, die 1789 von der französischen Nationalversammlung beschlossen wurde, formuliert in ihren 17 Artikeln grundlegende Bestimmungen über natürliche und unveräußerliche Rechte von Menschen und über die Beziehung von Menschen und Staat. In der Präambel legen „die Vertreter des französischen Volkes, als Nationalversammlung konstituiert“ dar, dass sie „unter der Berücksichtigung, dass das Vergessen oder Verachten der Menschenrechte die alleinigen Ursachen des öffentlichen Unglücks und der Verderbtheit der Regierungen sind“ eine Erklärung über die natürlichen und unveräußerlichen Rechte der Menschen beschließen. Hierzu gehören:

Artikel 1: Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.

Artikel 2: Der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Das Ziel einer jeden politischen Vereinigung besteht in der Erhaltung der natürlichen und unantastbaren Menschenrechte. Diese Rechte sind Freiheit, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung.

Artikel 3: Der Ursprung jeder Souveränität liegt ihrem Wesen nach beim Volke. Keine Körperschaft und kein Einzelner kann eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihm ausgeht.

Artikel 6: Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht, persönlich oder durch ihre Vertreter an seiner Gestaltung mitzuwirken. Ob es schützt oder straft: es muss für alle gleich sein. Da alle Bürger vor ihm gleich sind, sind sie alle gleichermaßen, ihren Fähigkeiten entsprechend und ohne einen anderen Unterschied als den ihrer Eigenschaften und Begabungen, zu allen öffentlichen Würden, Ämtern und Stellungen zugelassen.

Ebenso wie ihre amerikanischen Vorbilder legt die französische Menschenrechtserklärung eine *Universalität* der Menschenrechte zugrunde. Dies bedeutet: Sie müssen nicht erst geschaffen und gewährt werden.

Diese *Erklärung* von 1789 formulierte ein radikales und folgenreiches politisches Programm. Denn die naturrechtliche Gleichheit aller Menschen und die sich daraus ergebenden Rechte können nur durch eine konsequente Demokratisierung und radikale soziale Reformen gesellschaftlich umgesetzt werden. Von den Nutznießern der herrschenden Ordnung wurde sie daher ebenso entschieden bekämpft wie von all jenen, die eine tiefe Verachtung des Volkes hegen und eine Elitenherrschaft für die einzig ‚vernünftige‘ Herrschaftsform halten. Das läßt den Haß verstehen, den gleichermaßen Neoliberalismus wie Faschismus gegen das durch „1789“ symbolisierte Denken hegen.

Im Kern der Aufklärung steht das Ziel, den menschlichen Geist aus den Fesseln seiner Vorurteile zu befreien und aus vernunftfähigen Menschen vernünftige Menschen, und somit auch mündige Bürger, zu machen. Aus dem Denken der radikalen Aufklärung lassen sich eine Reihe zentraler Prinzipien herausarbeiten. Das wichtigste Prinzip läßt sich als *humanitärer Universalismus* bezeichnen, nämlich die Anerkennung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen. Der Mensch

hat, Kant zufolge, „*nicht bloß einen relativen Wert, d. i. einen Preis, sondern einen innern Wert, d. i. Würde*“. Er kann daher keinen „*Marktpreis*“ haben, weil er als „Person“, d.h. als autonomes vernunftbegabtes Wesen, „*Zweck an sich selbst*“ ist und niemals als bloßes Mittel für die Interessen anderer ‚verzweckt‘ werden darf.

Ein universeller Humanismus schließt alle Ideen einer Vorrangstellung der eigenen biologischen, sozialen, kulturellen, religiösen oder nationalen Gruppe aus, insbesondere also Rassismus, Nationalismus oder Exzeptionalismus.

In enger Beziehung damit steht ein weiteres Prinzip, nämlich das Recht auf politische Selbstbestimmung. Jeder Bürger soll einen angemessenen Anteil an allen Entscheidungen haben, die das eigene gesellschaftliche Leben betreffen. Alle Bürger haben somit ein Recht auf umfassende demokratische Mitwirkung an allen relevanten gesellschaftlichen Aspekten. Zentrale Bereiche einer Gesellschaft, insbesondere die Wirtschaft, dürfen nicht von einer demokratischen Legitimation und Kontrolle ausgeklammert werden. Alle Machtstrukturen haben ihre Existenzberechtigung nachzuweisen und sich der Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, sonst sind sie illegitim und somit zu beseitigen.

Ein weiteres wichtiges Prinzip läßt sich als *moralischer Universalismus* bezeichnen: Moralische Kriterien, nach denen wir Handlungen anderer bewerten, müssen wir auch zur Bewertung unserer eigenen Handlungen heranziehen.

Gegen diese Prinzipien entwickelten sich von Anfang an gewaltige Widerstände in verschiedenen Strömungen der sog. Gegenaufklärung. Die Gegenaufklärung ist gerade durch ein Negieren dieser Prinzipien gekennzeichnet, insbesondere durch Haltungen, die eine prinzipielle Vorrangstellung der eigenen biologischen, sozialen, kulturellen, religiösen oder nationalen Gruppe zum Ausdruck bringen. Neoliberalismus und Rechtspopulismus bilden, aus unterschiedlichen Perspektiven, heute wesentliche ideologische Zentren einer Gegenaufklärung.

Die Prinzipien und Ideen der radikalen Aufklärung reichen in ihrem Kern weit in die Ideengeschichte zurück. In der Zeit der Aufklärung wurden sie indes besonders prägnant formuliert. Seitdem wurden sie kontinuierlich verfeinert und in viele Richtungen weiterentwickelt.⁸¹ Sie stellen die wohl größten gesellschaftlichen Errungenschaften dar, die wir in dem mehr als 2000jährigen Kampf für eine menschenwürdigere Gesellschaft gewonnen haben. Heute, in der Zeit einer radikalen *Gegenaufklärung*, sind sie im öffentlichen Diskussionsraum praktisch vergessen worden, sie wurden ihrer Radikalität beraubt und sind zu bloßer ‚Aufklärungs‘-Rhetorik politischer Festansprachen verkommen. Dadurch stehen sie uns als Leitideen, mit denen wir unsere Erfahrungen gedanklich organisieren können und mit denen wir unsere Veränderungsenergie kollektiv bündeln und wirksam machen können, praktisch nicht mehr zur Verfügung. Wir sind nicht nur sozial fragmentiert, wir sind entpolitisiert, wir sind weitgehend in politische Apathie und Resignation getrieben, und wir sind vom Besten unserer sozialen Ideengeschichte entwurzelt worden. Warum? Damit wir politisch orientierungslos bleiben und damit wir vergessen, *wofür* es sich zu kämpfen lohnt.

⁸¹ Zu den bedeutendsten Beiträgen einer solchen Weiterentwicklung gesellschaftspolitischer Ideen der Aufklärung gehören die Arbeiten von Ingeborg Maus. Maus hat das Kernprinzip der Demokratie, nämlich die Verbindung von Volkssouveränität, Menschenrechten und Rechtsstaat, sorgfältig aus den Ideen der radikalen Aufklärung rekonstruiert und nimmt es in seinen radikalen Implikationen für eine Demokratietheorie ernst.

Das sind keine Folgen zufälliger Entwicklungen, sondern Erfolge einer jahrzehntelangen systematischen Indoktrination durch die herrschenden Eliten. Mehr als 50 Jahre Elitendemokratie haben uns gezeigt, wohin dieser Weg führt. Es ist der Weg der Zerstörung. Der Zerstörung von Gemeinschaft, der Zerstörung der *Idee* von Gemeinschaft, der millionenfachen Zerstörung von Leben, der Zerstörung von kultureller und zivilisatorischer Substanz – vor allem in der Dritten Welt – und der Zerstörung unserer ökologischen Grundlagen. Die Nutznießer dieser Zerstörung haben keinen Grund, diesen Weg der Zerstörung zu ändern. Die dazu notwendige Veränderungsenergie kann nur von unten kommen – von uns. Das ist unsere Aufgabe und das ist unsere Verantwortung.